

Geschäftsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2017

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

Inhaltsverzeichnis

A.	Konferenz der Gerichte	3
B.	Zivil- und Straferichtbarkeit	4
1.	Kantonsgericht inkl. Handelsgericht und Anklagekammer	5
1.1	Personelles	5
1.2	Geschäftslast	5
1.3	Gerichtsverwaltung	5
1.3.1	Allgemeines	5
1.3.2	Personelles	6
1.3.3	Finanzen	6
1.3.4	Erlassgebung	8
1.3.5	Kommunikation	9
1.3.6	Weiterbildung	9
2.	Kreisgerichte	10
2.1	Personelles	10
2.2	Geschäftslast	11
2.3	Gerichtsverwaltung	11
2.3.1	Belastungsausgleich unter den Kreisgerichten	11
2.3.2	Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz	11
2.3.3	Infrastruktur	11
3.	Schlichtungsstellen und Vermittlungsämter	12
3.1	Personelles	12
3.2	Geschäftslast	12
4.	Rechtsanwaltspatente / Rechtsagentenpatente	40
C.	Verwaltungsgerichtsbarkeit	41
1.	Verwaltungsgericht	42
1.1	Personelles	42
1.2	Geschäftslast	42
1.3	Gerichtsverwaltung	43
1.3.1	Allgemeines	43
1.3.2	Personelles	43
1.3.3	Finanzen	43
1.3.4	Infrastruktur	43

2.	Verwaltungsrekurskommission	46
2.1	Personelles	46
2.2	Geschäftslast	46
2.3	Gerichtsorganisation	46
D.	Sozialversicherungsgerichtsbarkeit	50
1.	Versicherungsgericht	51
1.1	Personelles	51
1.2	Geschäftslast	51
1.3	Gerichtsverwaltung	51
1.3.1	Allgemeines	51
1.3.2	Personelles	52
1.3.3	Finanzen	52
1.3.4	Infrastruktur	52

A. Konferenz der Gerichte

Auf den 1. Juni 2017 sind die mit der Reform der Verwaltungsjustiz beschlossenen Neuerungen in Kraft getreten. Unter anderem wurde das Versicherungsgericht, das seit seiner Gründung unter der Aufsicht des Verwaltungsgerichtes stand, im Zuge des Inkrafttretens der Verwaltungsjustizreform neben dem Kantonsgericht und dem Verwaltungsgericht als drittes oberes kantonales Gericht verselbständigt und der direkten Aufsicht des Kantonsrates unterstellt. Vor diesem Hintergrund haben Kantonsgericht, Verwaltungsgericht und Versicherungsgericht auf den 1. Juni 2017 hin die Konferenz der Gerichte ins Leben gerufen (vgl. Reglement der Konferenz der Gerichte; sGS 941.30). Die Konferenz dient der Koordination und Vertretung der Gerichte und soll deren Stellung als dritte Staatsgewalt fördern. Kantons-, Verwaltungs- und Versicherungsgericht sprechen sich in den die Gerichte gemeinsam betreffenden Belangen im Rahmen der Konferenz ab. Die Konferenz wird durch das Generalsekretariat des Kantonsgerichtes unterstützt. Wird ein Geschäft an das Generalsekretariat delegiert, tritt dieses als Generalsekretariat der Gerichte auf.

Die Konferenz ist im Berichtsjahr zweimal einberufen worden, um aktuelle, die Gerichte gemeinsam betreffende Themen zu beraten. Die ersten Erfahrungen mit diesem institutionalisierten Austausch sind sehr gut. Die dadurch in zentralen Geschäften von Anfang an vorhandene Koordination dient sowohl dem einheitlichen Auftreten der Gerichte gegenüber Kantonsrat und Regierung als auch der Effizienz.

Im Namen der Konferenz der Gerichte

St.Gallen, im Februar 2018

Der Präsident des Kantonsgerichtes:
Prof. Dr. iur. Patrick Guidon

Der Präsident des Verwaltungsgerichtes:
lic.iur. Beda Eugster

Der Präsident des Versicherungsgerichtes:
lic.iur. Joachim Huber

Der Generalsekretär der Gerichte:
Fürsprecher Michael Balmelli

B. Zivil- und Strafgerichtsbarkeit

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1)
Bericht über die Amtsführung im Jahr 2017.

St.Gallen, im Februar 2018

Im Namen des Kantonsgerichtes
Der Präsident:
Prof. Dr. Patrick Guidon

Der Generalsekretär:
Fürsprecher Michael Balmelli

Im Namen des Handelsgerichtes
Der Präsident:
lic.iur. Rolf Brunner

Im Namen der Anklagekammer
Der Präsident:
lic.iur. Ivo Kuster

1. Kantonsgericht inkl. Handelsgericht und Anklagekammer

1.1 Personelles

Bei den kantonalen Gerichten erfolgte in der Februarsession 2017 eine Gesamterneuerungswahl für die Amtsperiode 2017/2023.

Beim Kantonsgericht wurden die hauptamtliche Richterin und die hauptamtlichen Richter wiedergewählt. Von den Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern haben sich Dr. Christine Ackermann, Prof. Dr. Karl Eckstein und Dr. Christoph Rohner nicht mehr zur Wiederwahl gestellt. Als Nachfolger wurden Dr. Salim Rizvi, Lilian Scherrer und Thomas Stadelmann gewählt. Sämtliche bisherigen Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter, welche sich zur Wiederwahl stellten, wurden gewählt. Zum Präsidenten des Kantonsgerichtes wurde für die Amtsperiode 2017/2019 Prof. Dr. Patrick Guidon gewählt.

Beim Handelsgericht haben Roberto Togni, Urs Niedermann, Hans Eisenhut, Bernard Aschmann, Gallus Erne, Dr. Walo Bauer, Thomas Stalder, Karl Fürer und Prof. Dr. Franz Böni ihren Rücktritt erklärt. Als Nachfolger wurden Sandro D'Antuono, Matthias Ensinger, Roger Hadorn, Doris Silvia Königer, Markus Oppliger, Beat Schildknecht, Claudia Spadacini, Daniel Stauffacher und Josef Steiger gewählt. Sämtliche bisherigen (nebenamtlichen) Handelsrichterinnen und Handelsrichter, welche sich zur Wiederwahl stellten, wurden gewählt.

Bei der Anklagekammer haben Christoph Egli und Veronica Hälg-Büchi ihren Rücktritt erklärt. Als Nachfolger wurden Dr. Armin Bossart und Franziska Wenk gewählt. Sämtliche bisherigen Mitglieder, welche sich zur Wiederwahl stellten, wurden gewählt. Zum Präsidenten der Anklagekammer wurde Ivo Kuster gewählt.

1.2 Geschäftslast

Im Berichtsjahr sind beim Kantonsgericht (inkl. Handelsgericht und Anklagekammer) 1'951 Fälle eingegangen. Die Geschäftslast hat sich somit im Vergleich zum Mittelwert der Falleingänge der Jahre 2014 bis 2016 (1'827) erhöht. Im Berichtsjahr konnten 1'912 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2017 noch 722 Verfahren pendent waren. Die Gesamtübersicht zeigt, dass die Anzahl der im Jahr 2017 eingegangenen Fälle in der Bandbreite der Falleingänge der letzten zehn Jahre liegt. Dabei ist – wie bereits in früheren Amtsberichten – allerdings darauf hinzuweisen, dass die erhöhten Fallzahlen der Jahre 2010 bis 2012 auf Besonderheiten zurückzuführen sind. Diese ausserordentlichen Fallzahlen wurden in den entsprechenden Amtsberichten bereits angezeigt. Auch die Anzahl Erledigungen und Pendenzen liegt im üblichen Rahmen.

Weiterführende Angaben können den beigefügten Statistikblättern entnommen werden (vgl. Seiten 14 - 28).

1.3 Gerichtsverwaltung

1.3.1 Allgemeines

Grössere Themen, welche das Kantonsgericht und die Kreisgerichte im Berichtsjahr beschäftigten, waren das Projekt «NeLo» (Besoldungsrevision), Finanzen (insb. Stellenbegehren), Erlassgebung (Revision der Honorarordnung), Gerichtsliegenschaft Kreisgericht St.Gallen, kantonale und eidgenössische Vorlagen auf Gesetzes- und Verordnungsstufe und Weiterbildung. Das Kantonsgericht war neben der eigenen Justizverwaltung namentlich auch mit vielfältigen Aufgaben im Bereich der Aufsicht über die sieben Kreisgerichte, die 15 Schlichtungsstellen und die 13 Vermittlungsämter befasst. Die Aufsicht berührte dabei alle Bereiche wie Finanzen, Personelles, Weiterbildung, Bau-, Raum- und Mobiliarwesen, Informatik, Sicherheit, Kommunikation sowie Erlasse

und Weisungen. Dazu kam der Geschäftsverkehr mit der Staatskanzlei und den Departementen, mit Kommissionen des Kantonsrates, mit anderen kantonalen oder ausserkantonalen Gerichten und Amtsstellen und mit solchen des Bundes.

1.3.2 Personelles

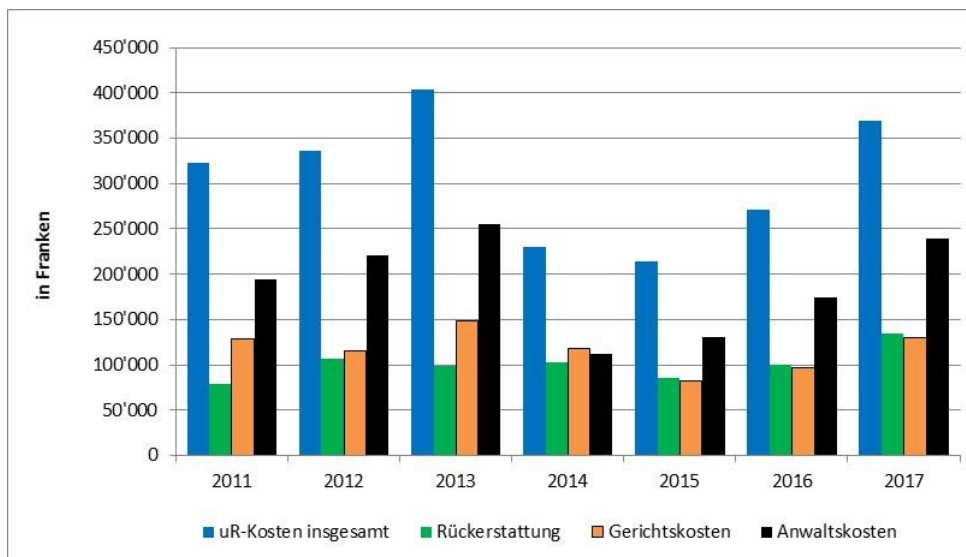
Besoldungsrevision: Die laufende Revision des Besoldungssystems, von welcher die Staatsverwaltung und die Gerichte gleichermassen betroffen sind, hat ihren Ursprung in früheren Berichtsjahren und ist deshalb mittlerweile ein länger dauerndes und weiterhin komplexes Projekt. Im Berichtsjahr kam es einen wesentlichen Schritt voran, als die Regierung mit dem Erlass des III. Nachtrages zur Personalverordnung (PersV; sGS 143.11) die rechtlichen Grundlagen für die Einführung des neuen Lohnsystems schaffte. Für das Kantonsgericht war es ein grosses Anliegen, die hauptamtlichen und teilamtlichen Kreisrichterinnen und Kreisrichter den Kreisgerichtspräsidentinnen und Kreisgerichtspräsidenten lohnmässig gleichzustellen, da ihre Tätigkeit in der Rechtsprechung als Hauptaufgabenbereich identisch ist (Pendenz Justizreform 2009). Dieses Anliegen wurde mit dem III. Nachtrag umgesetzt und namentlich im neu definierten Referenzfunktionskatalog (standardisierte Tätigkeitsumschreibung mit Lohnband) ausdrücklich statuiert. Gleichzeitig brachte die Regierung bezüglich aller juristischen Tätigkeiten aber einen Vorbehalt an und veranlasste, dass ein Gutachten mit einer analytischen Arbeitsplatzbewertung für alle juristischen Tätigkeiten in den Departementen und in der Staatskanzlei (Rechtsdienste und Staatsanwaltschaft) sowie im Bereich der Justiz (Richterinnen und Richter, Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber) einzuholen sei. Der Grund für dieses Vorgehen lag in der Kritik, dass gewisse juristische Tätigkeiten einen weitgehend identischen Arbeitsinhalt hätten, jedoch bei der Zuordnung zu den Referenzfunktionen und damit bei der Festlegung der Lohnbandbreiten unterschiedlich behandelt würden. In diesem Sinn kann das für sämtliche juristischen Funktionen in den Referenzfunktionen festgelegte Ergebnis bis zum Abschluss der erwähnten Arbeitsplatzbewertung vorerst nur als provisorisch gelten. Das Kantonsgericht wird die weiteren Arbeiten konstruktiv-kritisch begleiten und sich insbesondere dafür einsetzen, dass der grossen Verantwortung und Unabhängigkeit der in der Justiz Tätigen bei der Arbeitsplatzbewertung Rechnung getragen wird.

Die Gerichte haben zur Kenntnis genommen, dass, mit Ausnahme der Abschaffung des Stufenanstieges, die Besoldungsrevision insgesamt erst auf den 1. Januar 2019 in Kraft treten wird. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu begrüssen, dass im Projekt immer noch keine konkreten Überlegungen zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit einer «Leistungsbewertung» von Richterinnen und Richtern angestellt wurden. Mit Blick auf die verfassungsrechtliche Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter werden die Gerichte bei der weiteren Projektabwicklung auf diesen Aspekt ein besonderes Augenmerk haben müssen. Die Konsequenz kann – auch mit Blick auf die Regelungen bei Bund und anderen Kantonen – nur sein, dass für die Richterinnen und Richter und deren Lohnentwicklung ein eigenes System vorzusehen sein wird.

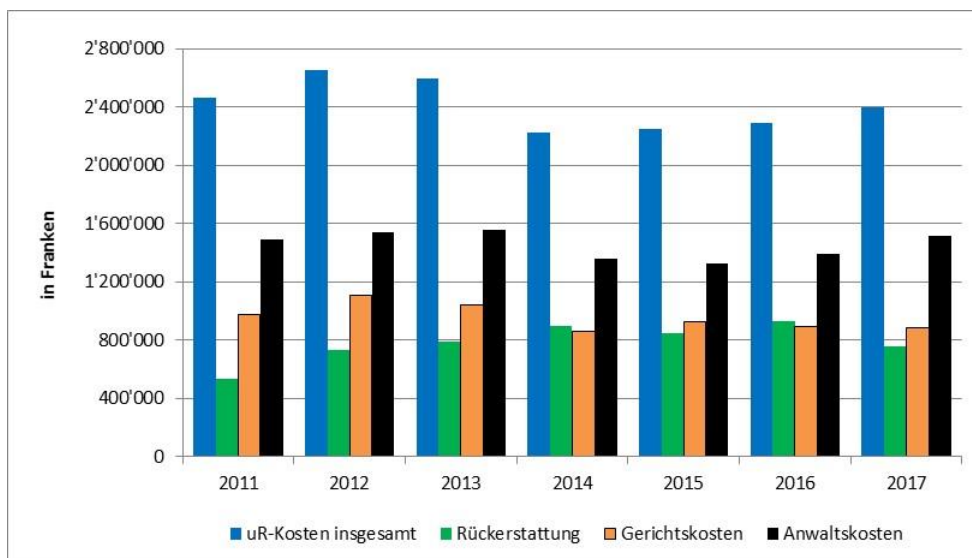
1.3.3 Finanzen

Stellenbegehren: Das Kantonsgericht beantragte bereits im Budgetverfahren 2016 im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative für sich und grossmehrheitlich für die Kreisgerichte insgesamt drei Stellen. Mit Blick auf die knappen finanziellen Ressourcen des Kantons erklärte sich das Kantonsgericht damals bereit, das ursprüngliche Begehren vorerst aufzuschieben und gestaffelt einzubringen. So wurde im Budgetverfahren 2017 eine erste Tranche von 150 Stellenprozenten eingegeben und vom Kantonsrat bewilligt. Im Berichtsjahr wurden im Budgetverfahren 2018 die weiteren 150 Stellenprozente eingegeben und in der Folge ebenfalls bewilligt. Bei diesen insgesamt drei Stellen sind Mehraufwendungen im Sekretariat und andere kostengenerierende Faktoren nicht berücksichtigt. Die Gerichte wollten damit ein Zeichen der eigenen Bemühungen und eigener Effizienzbestrebungen setzen. Aufgrund der Erfahrungszahlen (im Berichtsjahr erstmals ein volles Geschäftsjahr) ist anzunehmen, dass die vom Kantonsgericht geschätzten Fallzahlen (120 zusätzliche Fälle pro Jahr) nicht nur erreicht, sondern wohl gar deutlich übertroffen werden dürften (160 Fälle pro Jahr).

Kosten unentgeltliche Rechtspflege in Zivilverfahren: Die Abrechnung der insgesamt im Berichtsjahr bewilligten Gesuche der unentgeltlichen Rechtspflege in *Zivilverfahren* ergab beim *Kantonsgericht (inkl. Handelsgericht)* Kosten in der Höhe von Fr. 369'392 (im Vorjahr Fr. 271'395). Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wurden im Berichtsjahr Rückerstattungen im Umfang von Fr. 134'586 sichergestellt.

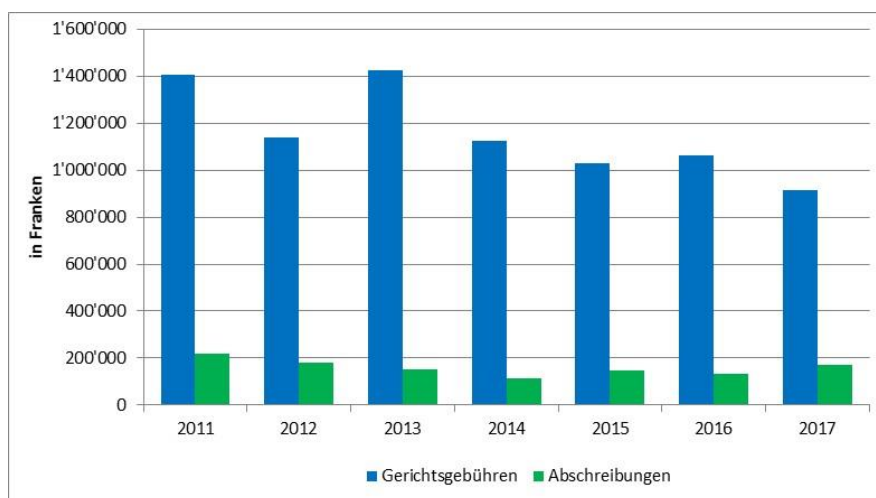


Die Abrechnung der insgesamt im Berichtsjahr bewilligten Gesuche der unentgeltlichen Rechtspflege in *Zivilverfahren* ergab bei *allen Kreisgerichten insgesamt* Kosten in der Höhe von Fr. 2'402'820 (im Vorjahr Fr. 2'290'301). Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wurden im Berichtsjahr Rückerstattungen im Umfang von Fr. 754'273 sichergestellt.

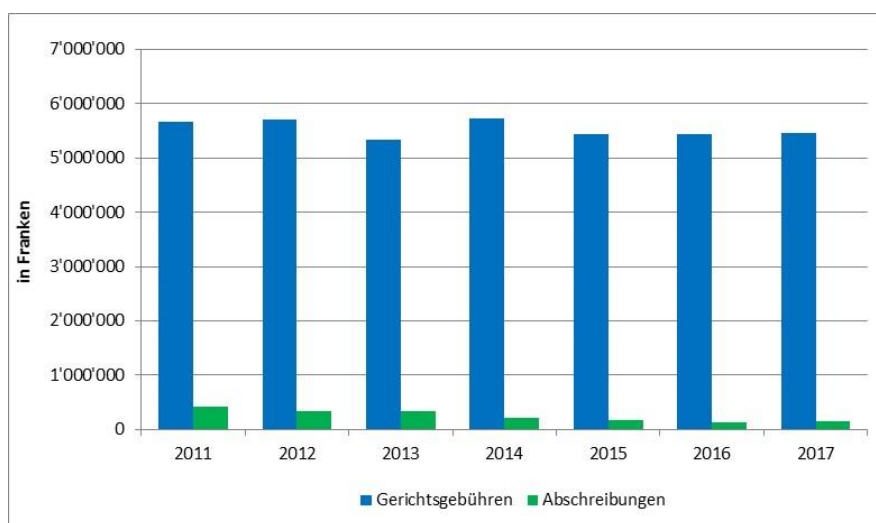


Hinweis: Die unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen (amtliche Verteidigung und unentgeltliche Verbeiständung der Privatlägerschaft) wird über die Staatsanwaltschaft abgerechnet.

Gerichtsgebühren in Zivilverfahren: Im Berichtsjahr wurden für Zivilverfahren vom Kantonsgericht (inkl. Handelsgericht) Fr. 916'175 für Gerichtsgebühren in Rechnung gestellt. Die Abschreibungen beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 172'844.



Für die Zivilverfahren der Kreisgerichte wurden Fr. 5'453'450 für Gerichtsgebühren in Rechnung gestellt. Die Abschreibungen beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 155'157.



Hinweis: Gerichtsgebühren in *Strafsachen* werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet.

1.3.4 Erlassgebung

Revision Honorarordnung: Bereits in den vorgängigen Amtsberichten wurde auf den Antrag des St.Galler Anwaltsverbandes zur Anpassung der Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsagenten und die damit verbundenen Arbeiten orientiert. Zuständig zum Erlass der Honorarordnung ist gemäss Art. 42 Abs. 1 lit. b des Anwaltsgesetzes (AnwG; sGS 963.70) das Kantonsgericht. Hieraus ergibt sich eine ungewöhnliche Konstellation: Während normalerweise die Erlass- und Finanzkompetenz in der gleichen Hand, nämlich beim Kantonsrat, liegen, fallen hier Erlasskompetenz (Kantonsgericht) und Finanzkompetenz (Kantonsrat) auseinander. Die vorerwähnte, gesetzliche Zuständigkeitsordnung wirft diverse Fragen auf. Dies ist im vorliegenden Fall umso mehr von Bedeutung, als gemäss einer ersten, groben Kostenschätzung im Bereich der Gerichte namhafte Mehrausgaben von rund 1 Mio. Franken im Raum stehen.

Der Anwaltsverband wurde vom Kantonsgericht über diese besondere Konstellation und über die erwartenden Mehrausgaben orientiert. Das Kantonsgericht hat dem Anwaltsverband vor diesem Hintergrund angezeigt, dass Mehraufwendungen in einer solchen Grössenordnung zwingend in den ordentlichen Budgetprozess (frühestens im Budgetprozess 2019) eingebracht und auch im Aufgaben- und Finanzplan 2019 – 2021 angemeldet werden müssen. Das Kantonsgericht wird die Absprache mit den zuständigen parlamentarischen Kommissionen (Finanzkommission, Rechtspflegekommission) suchen.

1.3.5 Kommunikation

Die Verwaltungskommission des Kantonsgerichtes hat beschlossen, für die Jahre 2017/2019 einen Schwerpunkt im Bereich «Kommunikation» zu setzen. Um die interne und vor allem die externe Kommunikation (Medien, Öffentlichkeit) zu verbessern, wurden noch im Berichtsjahr insbesondere die nachfolgenden Massnahmen für das Folgejahr beschlossen und die Planung anhand genommen: «Tage der offenen Türe» (bestehend aus einer Vortragsreihe zu zivil- und strafrechtlichen Themen im Frühjahr/-sommer 2018 und einem «klassischen» Tag der offenen Tür im Herbst 2018) sowie «Verbesserung der Medienarbeit» (namentlich durch Institutionalisierung des Kontakts zu den Medienschaffenden im Rahmen eines jährlich durchgeführten Treffens Ende Februar / Mitte März).

1.3.6 Weiterbildung

Im Berichtsjahr fanden unter der Leitung des Kantonsgerichtes wiederum verschiedene Weiterbildungsveranstaltungen statt.

Die Strafkammer des Kantonsgerichtes bot zum Thema «Das neue Sanktionenrecht» einen Erfahrungsaustausch an, der gerichtsübergreifend auch den Kreisgerichten, der Staatsanwaltschaft und der Anwaltschaft offen stand. In Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Familienrecht des st.gallischen Richterverbandes organisierte die Familienrechtskammer des Kantonsgerichtes einen ganztägigen Weiterbildungsanlass im Familienrecht, namentlich zu den Themen «Opferschutz und Zusammenarbeit der Gerichte mit den entsprechenden Fachstellen und Institutionen», «Vorsorgeausgleich: Erste Erfahrungen aus der Praxis und Vorstellen erster Gerichtsurteile» und «Betreuungsunterhalt». Wie jedes Jahr traf die Familienrechtskammer des Kantonsgerichtes zudem mit der familienrechtlichen Abteilung eines Kreisgerichtes zum fachlichen Austausch zusammen. Weiter wurde eine Supervision im Familienrecht angeboten.

Die Kantonale Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs organisierte im Berichtsjahr für die Mitglieder des Verbandes der Betreibungs- und Konkursbeamten der Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Glarus eine Weiterbildungsveranstaltung. Das Programm erfasste als Themen namentlich «Einvernahmetechnik – Tipps und Tricks», «Wie komme ich SchKG-Delikten auf die Spur?», «Strafanzeige gegen Betreibungs- und Konkursbeamte» und «Stellvertretung in Pfändung und Konkurs».

Für die Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse organisierte das Kantonsgericht eine ganztägige Weiterbildungsveranstaltung. Am Vormittag erfolgten Referate zu den Themen «Persönliches Erscheinen, Begleitperson und rechtsgültige Parteivertretung», «Mietzinsherabsetzung» und «Heiz- und Nebenkostenabrechnungen». Am Nachmittag wurden moderierte Workshops zu folgenden Themen angeboten: «Rolle des Mitgliedes der Schlichtungsstelle», «Praktische Fragen rund um das persönliche Erscheinen, die Begleitperson und die rechtsgültige Parteivertretung», «Mieterstreckung: Umgang und Handhabung in der Praxis», «Beispiele und Fragen im Bereich Mietzinsherabsetzung».

Neben den angeführten Veranstaltungen besuchten die Richterinnen und Richter, die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sowie die Mitarbeitenden der Verwaltung im Rahmen der individuellen Weiterbildung verschiedene interne und externe Weiterbildungsveranstaltungen.

Sämtliche Weiterbildungsaktivitäten werden über den zentralen Weiterbildungskredit des Kantonsgerichtes finanziert.

Bereits zum zweiten Mal führte das Kantonsgericht gemeinsam mit der Universität St.Gallen ein Kurzpraktikum für Studierende der Universität St.Gallen durch. Im Sinne der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis soll den Studierenden bereits vor Studienabschluss ein Einblick in die Tätigkeit der st.gallischen Gerichte ermöglicht werden, verbunden mit der Gelegenheit, die Kenntnisse aus dem Studium anhand einer praxisbezogenen schriftlichen Arbeit zu vertiefen. Aufgrund der allseits sehr positiven und erfreulichen Rückmeldungen steht aus Sicht der Gerichte einer Fortführung solcher Kurzpraktika nichts entgegen.

Für die Kinder ermöglichte das Kantonsgericht am Nationalen Zukunftstag wiederum in Zusammenarbeit mit dem St.Galler Anwaltsverband und der Staatsanwaltschaft mit einer fiktiven Gerichtsverhandlung im Kantonsgerichtssaal einen Einblick in den Berufsalltag der Akteure im und ums Gericht. Das Angebot stand Kindern von Mitarbeitenden der st.gallischen Gerichte und der Staatsverwaltung, von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und von Mitarbeitenden der Universität St.Gallen offen. Die Teilnahme von wiederum rund 80 Kindern zeigt das breite Interesse an diesem Anlass.

2. Kreisgerichte

2.1 Personelles

Im Rahmen der laufenden Amtsperiode der Kreisgerichte 2015/2021 kam es im Berichtsjahr zu verschiedenen Rücktritten und Ersatzwahlen sowohl von festangestellten als auch von nebenamtlichen Richterinnen oder Richtern.

Gerichtskreis St.Gallen: Jutta Osterwalder erklärte auf Ende Mai 2017 aufgrund ihrer anstehenden Pensionierung ihren Rücktritt als teiltamtliche Richterin am Kreisgericht St.Gallen. Die Ersatzwahl wird noch durchgeführt.

Gerichtskreis Rorschach: Ruth Belz erklärte auf Ende März 2017 aufgrund ihrer anstehenden Pensionierung ihren Rücktritt als teiltamtliche Richterin am Kreisgericht Rorschach. In der folgenden Ersatzwahl wurde Alexander Koch gewählt. Er trat sein Amt am 1. April 2017 an.

Gerichtskreis Rheintal: Das Kantonsgericht erhöhte die Zahl der Richter bei den hauptamtlichen oder teiltamtlichen Richtern um 1 Richter/-in. In der folgenden Ergänzungswahl wurde Catherine Rüst-Sinz gewählt. Sie trat ihr Amt am 1. November 2017 an.

Gerichtskreis See-Gaster: Hans Keller erklärte auf Ende April 2018 aufgrund seiner anstehenden Pensionierung seinen Rücktritt als Kreisgerichtspräsident am Kreisgericht See-Gaster. In der folgenden Ersatzwahl wurde Martin Kaufmann, bisher hauptamtlicher Richter und Vizepräsident am Kreisgericht See-Gaster, gewählt. Martin Kaufmann erklärte daraufhin seinen Rücktritt als hauptamtlicher Richter am Kreisgericht See-Gaster. In der folgenden Ersatzwahl wurde Markus Höfli-ger gewählt.

Gerichtskreis Wil: Daniel Wessner erklärte auf Ende 2017 seinen Rücktritt als nebenamtlicher Richter des Kreisgerichtes Wil.

Seit dem V. Nachtrag zum Gerichtsgesetz, der auf den 1. Juni 2015 in Kraft trat, werden die hauptamtlichen oder teiltamtlichen Richterinnen oder Richter und die nebenamtlichen Richterinnen oder Richter in den Gerichtskreisen der Kreisgerichte in einem je separaten Verfahren gewählt. Diese Aufteilung dient in der Praxis sowohl den Stimmbürgern als auch den Gerichten und hat sich nach den ersten Erfahrungen sehr bewährt.

2.2 Geschäftslast

Im Berichtsjahr sind bei allen Kreisgerichten insgesamt 12'683 Fälle eingegangen. Die Geschäftslast ist damit im Vergleich zum Mittelwert der Falleingänge der Jahre 2014 bis 2016 (12'584) praktisch gleich geblieben. Im Berichtsjahr konnten 12'485 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2017 noch 2'827 Verfahren pendent waren. Die Gesamtübersicht zeigt, dass die Anzahl der im Jahr 2017 eingegangenen Fälle in der Bandbreite der Falleingänge der letzten zehn Jahre liegt. Auch die Anzahl Erledigungen und Pendenzen liegt im üblichen Rahmen.

Weiterführende Angaben können den beigefügten Statistikblättern entnommen werden (vgl. Seiten 29 - 36).

2.3 Gerichtsverwaltung

2.3.1 Belastungsausgleich unter den Kreisgerichten

Das Kantonsgericht überprüft jährlich die Geschäftslast der Kreisgerichte. Ergibt sich ein Handlungsbedarf, wird ein Belastungsausgleich zwischen einem oder mehreren Kreisgerichten vorgenommen. Ein Ausgleich kann realisiert werden, indem ein Kreisgericht zu Gunsten eines anderen Kreisgerichtes Personalkapazität abgibt. Im Fall von Richterkapazität ist zu beachten, dass die Kreisrichterinnen und Kreisrichter grundsätzlich im eigenen Gerichtskreis tätig sind und das Kantonsgericht einen Einsatz über den Gerichtskreis hinaus gestützt auf Art. 6 Abs. 3 Gerichtsgesetz anordnen kann.

Im Berichtsjahr ermöglichte die Nichtbesetzung einer Praktikantenstelle und von Richterprozenten am Kreisgericht St.Gallen den Kreisgerichten Rorschach und Toggenburg einen moderaten Ausbau von Gerichtsschreiber-Kapazitäten und dem Kreisgericht Rheintal den Ausbau von Richterprozenten im Rahmen von 45 Stellenprozenten. Zusammen mit dem frei werdenden Pensum einer Kreisrichterin zufolge Reduktion ihres Beschäftigungsgrades ergab sich ein gesamtes Richterpensum mit einem Beschäftigungsgrad von 65 Prozent. Da dieses Pensum nicht durch die Richterinnen oder Richter am Kreisgericht Rheintal übernommen werden konnten, erhöhte das Kantonsgericht die Zahl der Richter bei den hauptamtlichen oder teilamtlichen Richtern um 1 Richter/-in.

2.3.2 Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz

Dem Kantonsgericht ist es ein Anliegen, die Aufsicht über die Kreisgerichte angemessen auszuüben und dabei auch der Stellung der Kreisgerichtspräsidien optimal Rechnung zu tragen. Zu einem wichtigen Instrument für die Zusammenarbeit mit den Kreisgerichten ist dabei die Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz geworden. Im Berichtsjahr hat das Kantonsgericht zu drei Konferenzen eingeladen, um wichtige und aktuelle Themen im direkten Gespräch mit den Kreisgerichtspräsidien aufzugreifen. Hauptthemen waren die Geschäftslast der Kreisgerichte, die Kommunikation als Schwerpunkt 2017/2019, die Besoldungsrevision und die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative im Budget 2018 eingebrachten Stellenbegehren.

2.3.3 Infrastruktur

Kreisgericht St.Gallen; Gerichtsliegenschaft: Im Rahmen der Justizreform 2009 wurde der Gerichtskreis St.Gallen als bevölkerungsmässig schon grösster Gerichtskreis noch weiter vergrössert, was für das Kreisgericht St.Gallen mehr Fälle und auch zusätzliches Personal bedeutete, ohne dass dafür eine angemessene Gerichtsliegenschaft zur Verfügung stand. Auf mehrfache Vorsprache des Kantonsgerichtes bei den zuständigen Behörden wurde dem Kreisgericht die Liegenschaft Schützengasse 1 in St.Gallen (aktuell Staatsanwaltschaft) als neuer Gerichtsstandort zeitnah und konkret in Aussicht gestellt, was auch von Seiten des Kreisgerichtes als valable Lösung erachtet wurde. Diese Option wurde in der Folge über Jahre bis ins vorgehende Berichtsjahr bestätigt. Anlässlich der Aktualisierung des kantonalen Hochbautenprogramms beschloss die

Regierung aber, dass die Liegenschaft Schützengasse 1 dereinst nach dem Auszug der Staatsanwaltschaft voraussichtlich veräussert werden soll und damit als neuer Gerichtsstandort des Kreisgerichtes St.Gallen entfallen wird. Diese Entscheidung würde für das Kreisgericht bedeuten, dass die allseits anerkanntermassen unzumutbare Situation am heutigen Gerichtsstandort noch weitere lange Jahre geduldet werden müsste. Das Kantonsgericht sah sich deshalb veranlasst, das Baudepartement zu ersuchen, die Situation noch einmal zu überdenken. Gestützt darauf fand Ende des Berichtsjahres eine Begehung im Kreisgericht durch Delegationen des Hochbauamtes, des Kreisgerichtes und des Kantonsgerichtes statt. Das Hochbauamt anerkannte den dringenden Handlungsbedarf und sicherte weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu.

3. Schlichtungsstellen und Vermittlungsämter

3.1 Personelles

Gerichtskreis Rorschach: Paul Huber (Vermittleramt Rorschach West) erklärte als Vermittler seinen Rücktritt. Bei dieser Gelegenheit legte das Kreisgericht Rorschach die beiden bisherigen Vermittlungsämter zu einem einzigen zusammen.

Gerichtskreis Rheintal: Catherine Rüst-Sinz erklärte aufgrund ihrer Wahl zur Kreisrichterin ihren Rücktritt als Stellvertreterin des Präsidenten der Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse. In der folgenden Ersatzwahl wurde Daniel Gebert als neuer Stellvertreter des Präsidenten gewählt.

Gerichtskreis See-Gaster: Jürg Eberle erklärte als Präsident der Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse seinen Rücktritt. In der folgenden Ersatzwahl wurde Manfred John, bisher Stellvertreter des Präsidenten, gewählt. Manfred John erklärte daraufhin seinen Rücktritt als Stellvertreter. In der folgenden Ersatzwahl wurde Simone Dobler gewählt.

3.2 Geschäftslast

Im Berichtsjahr sind bei allen *Vermittlungsämtern* insgesamt 1'504 Fälle eingegangen. Im Berichtsjahr konnten 1'553 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2017 noch 172 Verfahren pendent waren.

Im Berichtsjahr sind bei allen *Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse* insgesamt 1'031 Fälle eingegangen. Im Berichtsjahr konnten 1'006 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2017 noch 154 Verfahren pendent waren.

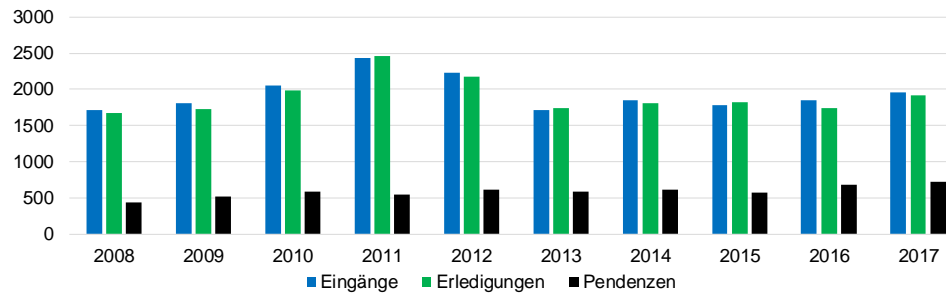
Im Berichtsjahr sind bei allen *Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse* insgesamt 641 Fälle eingegangen. Im Berichtsjahr konnten 682 Verfahren erledigt werden, sodass Ende 2017 noch 82 Verfahren pendent waren.

Weiterführende Angaben können den beigefügten Statistikblättern entnommen werden (vgl. Seiten 37 - 40).

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	1711	1813	2047	2433	2224	1710	1842	1786	1854	1951
Erledigungen	1670	1725	1985	2461	2169	1740	1814	1823	1740	1912
Pendenzen	429	516	578	550	607	579	608	571	683	722



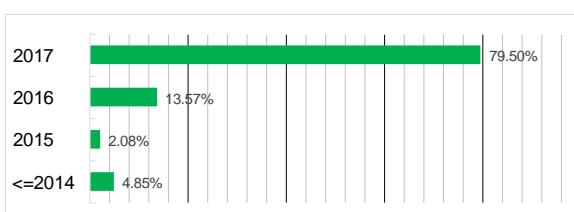
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer / Kollegialgericht	428	768	1196	608	153	761	435
Verfahrensleitende Verfügungen / Präsidialfälle, Einzelrichterfälle	255	1183	1438	667	484	1151	287
Gesamttotal	683	1951	2634	1275	637	1912	722

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer / Kollegialgericht	451	89	53	49	85	22	12
Verfahrensleitende Verfügungen / Präsidialfälle, Einzelrichterfälle	974	89	31	16	33	6	2
	1425	178	84	65	118	28	14

Alter penderer Fälle ²



Weiterzüge

Im Berichtsjahr erledigte Verfahren	1912
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheidungen	155
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	157
A. Rückzug, Nichteintreten	94
B. Entscheid durch obere Instanz bestätigt	49
C. Entscheid durch obere Instanz teilweise bestätigt	5
D. Entscheid durch obere Instanz nicht bestätigt	9

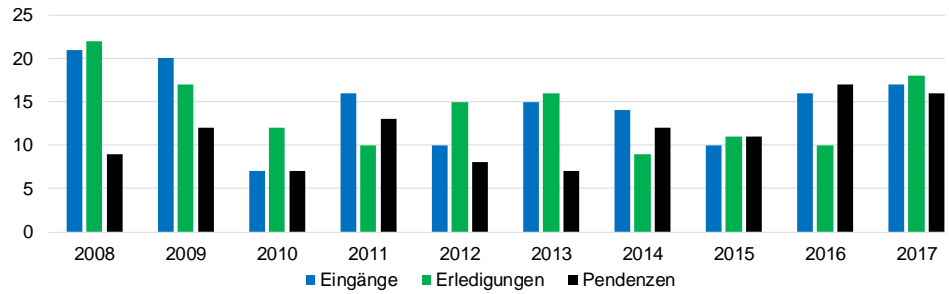
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

I. Zivilkammer ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	21	20	7	16	10	15	14	10	16	17
Erledigungen	22	17	12	10	15	16	9	11	10	18
Pendenzen	9	12	7	13	8	7	12	11	17	16



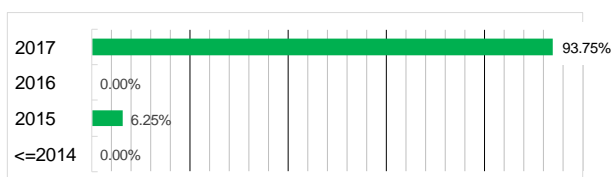
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	16	15	31	9	7	16	15
Verfahrensleitende Verfügungen	1	2	3	2	0	2	1
Gesamttotal	17	17	34	11	7	18	16

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	0	0	4	7	0	5	0
Verfahrensleitende Verfügungen	1	0	0	1	0	0	0
Gesamt	1	0	4	8	0	5	0

Alter pendenter Fälle ³



¹ Zuständigkeit: Fälle aus dem Bereich des Personen-, Erb- und Sachenrechts (vgl. Art. 14 Abs.1 lit. b GO)

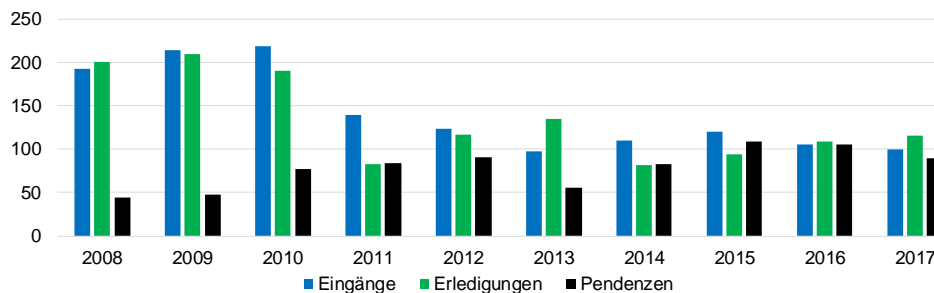
² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

II. Zivilkammer ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	193	214	219	139	124	97	110	120	105	100
Erledigungen	201	209	190	83	117	135	82	94	109	116
Pendenzen	44	48	77	84	91	55	83	109	105	89



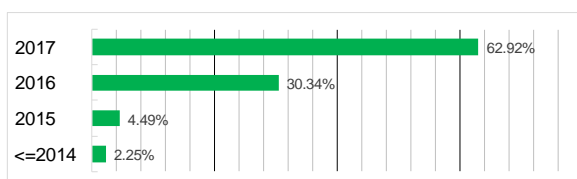
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	55	38	93	42	7	49	44
Verfahrensleitende Verfügungen	50	62	112	58	9	67	45
Gesamttotal	105	100	205	100	16	116	89

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	12	7	8	4	12	6	0
Verfahrensleitende Verfügungen	28	6	8	4	15	6	0
Gesamttotal	40	13	16	8	27	12	0

Alter pendenter Fälle ³



¹ Zuständigkeit: Fälle aus dem Bereich des Familienrechts (vgl. Art. 14 Abs.1 lit. c GO)

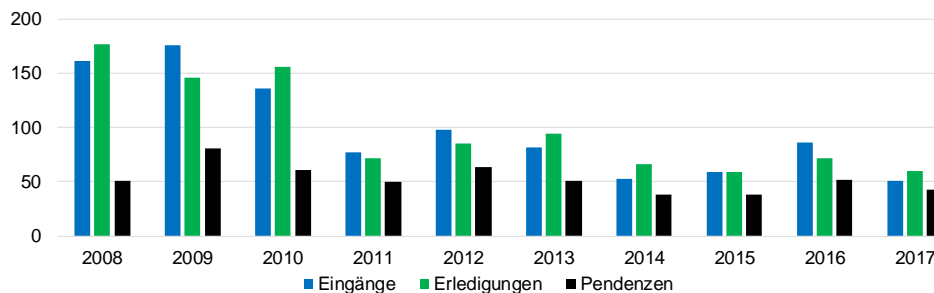
² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

III. Zivilkammer ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	161	176	136	77	98	82	53	59	86	51
Erledigungen	177	146	156	72	85	94	66	59	72	60
Pendenzen	51	81	61	50	63	51	38	38	52	43



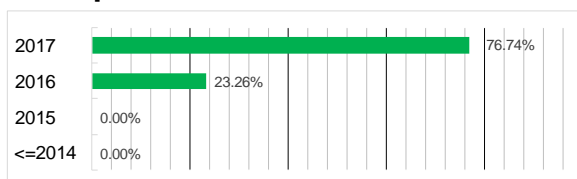
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	50	40	90	41	9	50	40
Verfahrensleitende Verfügungen	2	11	13	6	4	10	3
Gesamttotal	52	51	103	47	13	60	43

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	4	3	12	16	13	0	2
Verfahrensleitende Verfügungen	8	0	1	0	0	0	1
	12	3	13	16	13	0	3

Alter pendenter Fälle ³



¹ Zuständigkeit: Übrige Fälle, namentlich aus dem Bereich des Obligationenrechts, die öffentlich-rechtlichen Klagen, die Klagen in Schuldbetreibungs- und Konkursachen und die Beschwerden gegen Entscheide der Prüfungskommissionen für Rechtsanwälte und Rechtsagenten (vgl. Art. 14 Abs.1 lit. d GO)

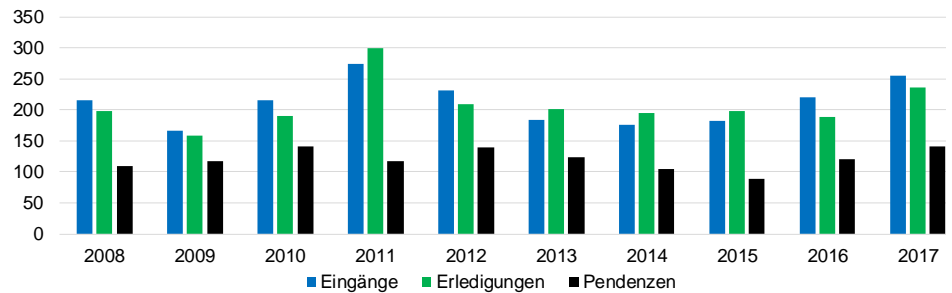
² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Strafkammer

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	215	166	215	275	231	184	176	183	220	256
Erledigungen	198	159	191	299	210	201	195	198	188	236
Pendenzen	110	117	141	117	140	123	104	89	121	141



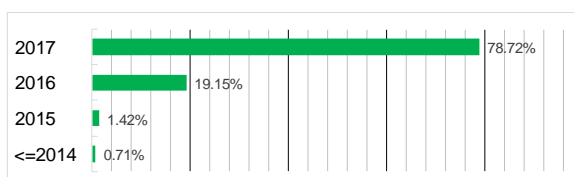
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	118	181	299	139	19	158	141
Verfahrensleitende Verfügungen	3	75	78	65	13	78	0
Gesamttotal	121	256	377	204	32	236	141

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	69	15	13	13	42	4	2
Verfahrensleitende Verfügungen	78	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal	147	15	13	13	42	4	2

Alter pendenter Fälle ²



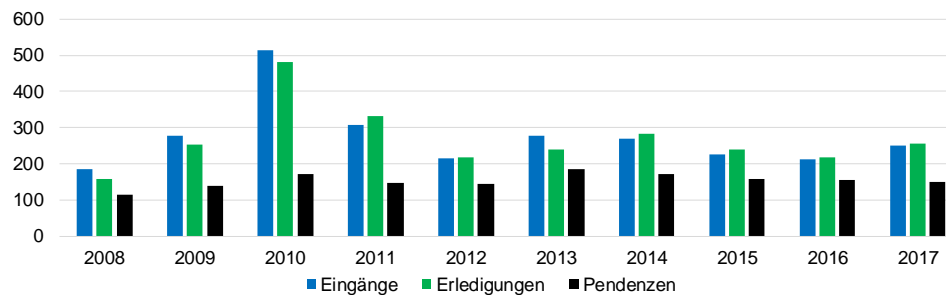
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Handelsgericht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	185	278	513	308	215	278	270	225	213	251
Erledigungen	157	252	480	333	217	238	283	239	217	256
Pendenzen	113	139	172	147	145	185	172	158	154	149



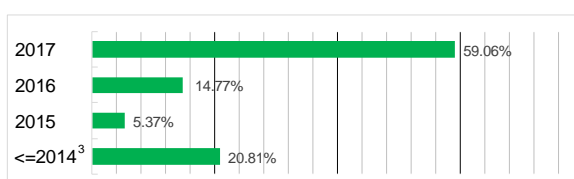
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Gericht	101	85	186	14	72	86	100
Zuständigkeit Präsident	53	166	219	137	33	170	49
Gesamttotal	154	251	405	151	105	256	149

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Gericht	27	9	12	5	18	7	8
Zuständigkeit Präsident	146	17	4	0	2	0	1
Gesamttotal	173	26	16	5	20	7	9

Alter penderer Fälle ²



¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

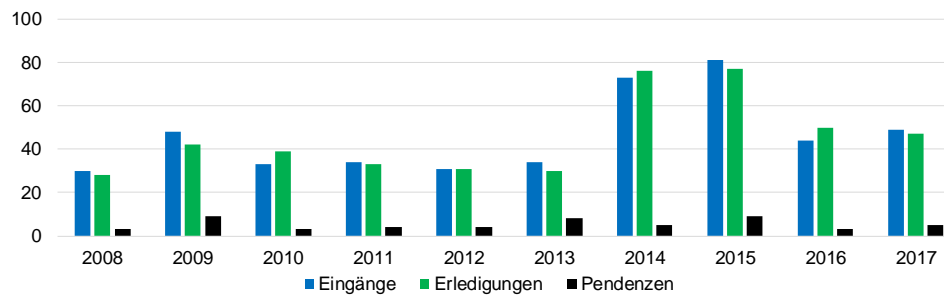
² Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

³ 11 von 31 Fällen betreffen eine komplexe Baustreitigkeit mit laufenden Beweisverfahren. In den übrigen Fällen bestehen ausgewiesene Gründe (Sistierungen, Gutachten etc.).

Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	30	48	33	34	31	34	73	81	44	49
Erledigungen	28	42	39	33	31	30	76	77	50	47
Pendenzen	3	9	3	4	4	8	5	9	3	5



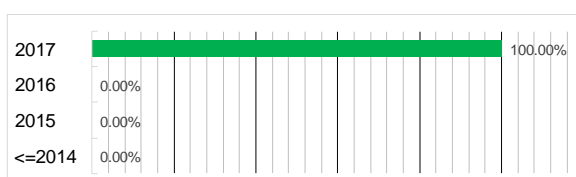
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	3	47	50	35	10	45	5
Zuständigkeit Präsident	0	2	2	2	0	2	0
Gesamttotal	3	49	52	37	10	47	5

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	44	1	0	0	0	0	0
Zuständigkeit Präsident	2	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal	46	1	0	0	0	0	0

Alter pendenter Fälle ²



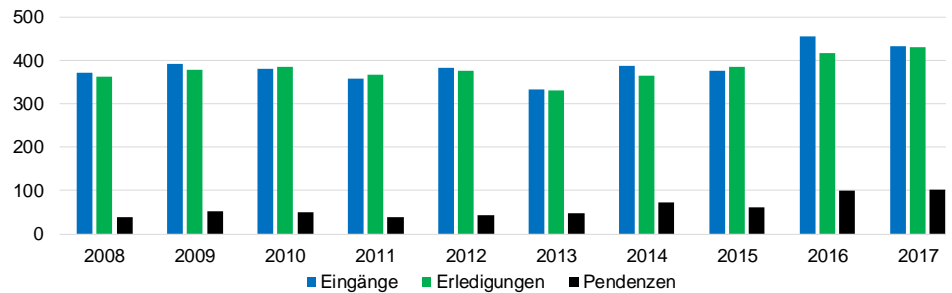
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Anlagekammer

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	372	393	381	357	382	334	388	375	455	433
Erledigungen	363	378	385	367	377	330	364	385	417	431
Pendenzen	38	53	49	39	44	48	72	62	100	102



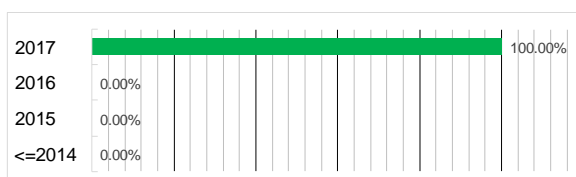
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	84	355	439	323	28	351	88
Zuständigkeit Präsident	16	78	94	66	14	80	14
Gesamttotal	100	433	533	389	42	431	102

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	294	51	2	4	0	0	0
Zuständigkeit Präsident	66	12	2	0	0	0	0
	360	63	4	4	0	0	0

Alter pendenter Fälle ²



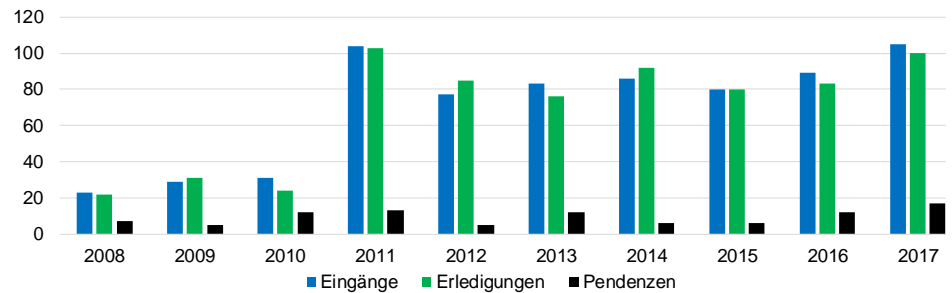
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Anwaltskammer

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	23	29	31	104	77	83	86	80	89	105
Erledigungen	22	31	24	103	85	76	92	80	83	100
Pendenzen	7	5	12	13	5	12	6	6	12	17



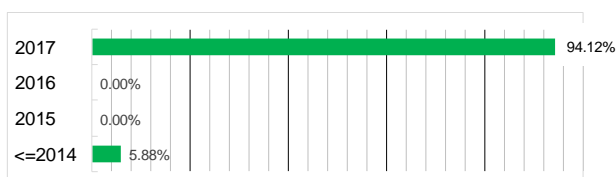
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Zuständigkeit Kammer	3	7	10	5	1	6	4
Zuständigkeit Präsident	9	98	107	66	28	94	13
Gesamttotal	12	105	117	71	29	100	17

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Zuständigkeit Kammer	1	3	2	0	0	0	0
Zuständigkeit Präsident	89	4	0	1	0	0	0
Gesamt	90	7	2	1	0	0	0

Alter pendenter Fälle ²



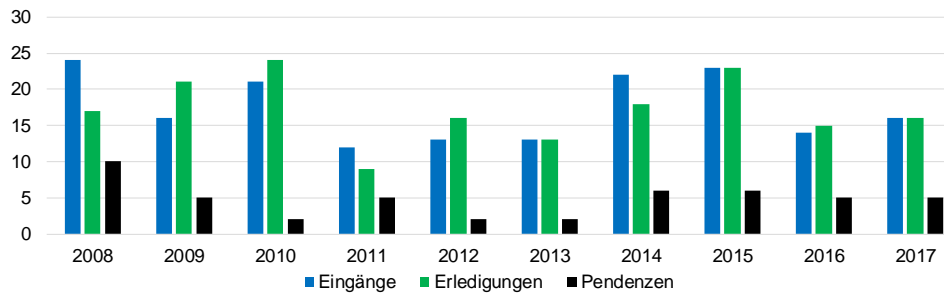
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter im Personen-, Erb- und Sachenrecht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	24	16	21	12	13	13	22	23	14	16
Erledigungen	17	21	24	9	16	13	18	23	15	16
Pendenzen	10	5	2	5	2	2	6	6	5	5



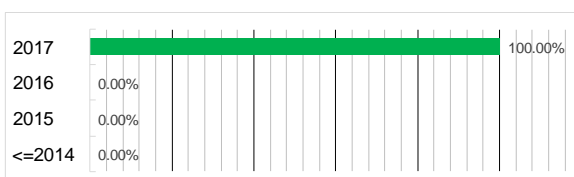
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Berufungen / Beschwerden	3	12	15	9	2	11	4
Verfahrensleitende Verfügungen	2	4	6	5	0	5	1
Gesamttotal	5	16	21	14	2	16	5

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Berufungen / Beschwerden	5	5	0	1	0	0	0
Verfahrensleitende Verfügungen	5	0	0	0	0	0	0
Gesamt	10	5	0	1	0	0	0

Alter pendenter Fälle ²



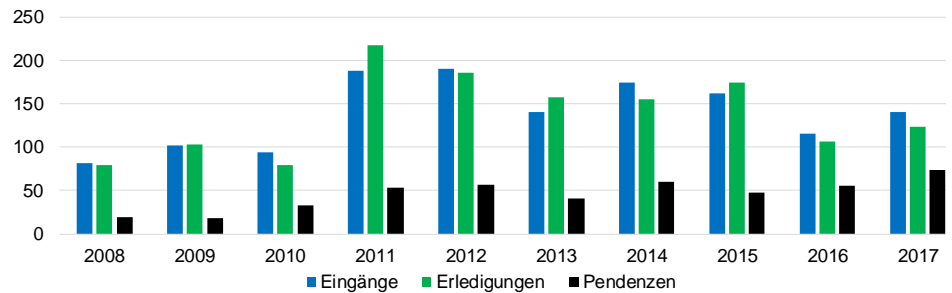
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter in Familiensachen

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	81	102	94	188	190	141	174	162	116	141
Erledigungen	79	103	79	217	186	157	155	174	107	123
Pendenzen	19	18	33	53	57	41	60	48	56	74



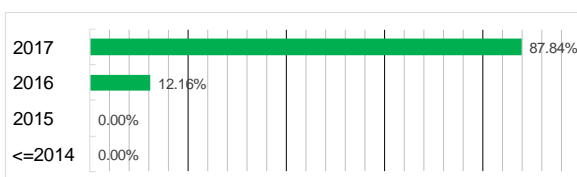
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Berufungen / Beschwerden	31	69	100	55	11	66	34
Verfahrensleitende Verfügungen	25	72	97	46	11	57	40
Gesamttotal	56	141	197	101	22	123	74

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Berufungen / Beschwerden	37	11	4	5	9	0	0
Verfahrensleitende Verfügungen	37	8	4	3	5	0	0
	74	19	8	8	14	0	0

Alter pendenter Fälle ²



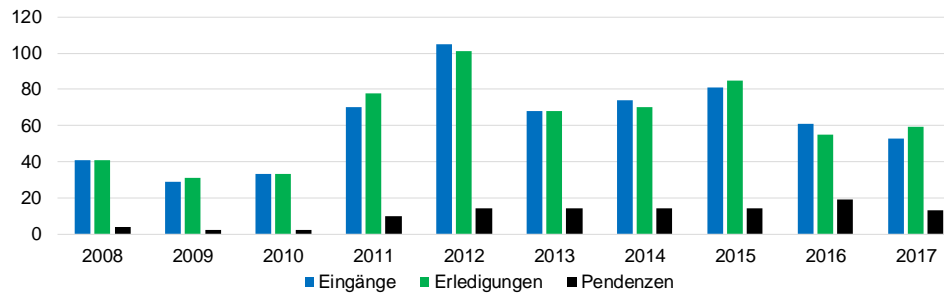
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter im Obligationenrecht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	41	29	33	70	105	68	74	81	61	53
Erledigungen	41	31	33	78	101	68	70	85	55	59
Pendenzen	4	2	2	10	14	14	14	14	19	13



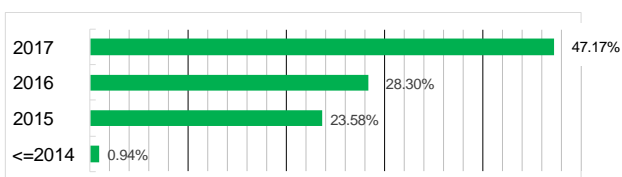
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Berufungen / Beschwerden	16	43	59	36	12	48	11
Verfahrensleitende Verfügungen	3	10	13	10	1	11	2
Gesamttotal	19	53	72	46	13	59	13

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Berufungen / Beschwerden	35	9	3	0	1	0	0
Verfahrensleitende Verfügungen	9	2	0	0	0	0	0
	44	11	3	0	1	0	0

Alter penderer Fälle ²



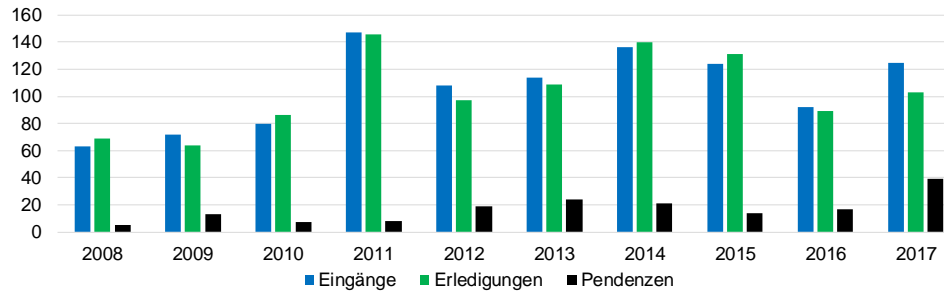
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter im SchKG

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	63	72	80	147	108	114	136	124	92	125
Erledigungen	69	64	86	146	97	109	140	131	89	103
Pendenzen	5	13	7	8	19	24	21	14	17	39



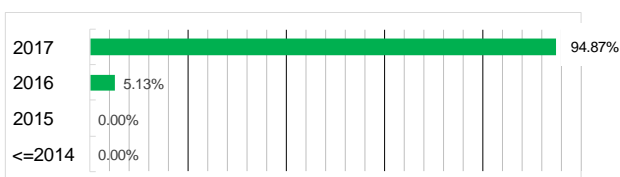
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Berufungen / Beschwerden	16	110	126	80	14	94	32
Verfahrensleitende Verfügungen	1	15	16	7	2	9	7
Gesamttotal	17	125	142	87	16	103	39

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Berufungen / Beschwerden	82	11	0	1	0	0	0
Verfahrensleitende Verfügungen	8	1	0	0	0	0	0
	90	12	0	1	0	0	0

Alter pendenter Fälle ²



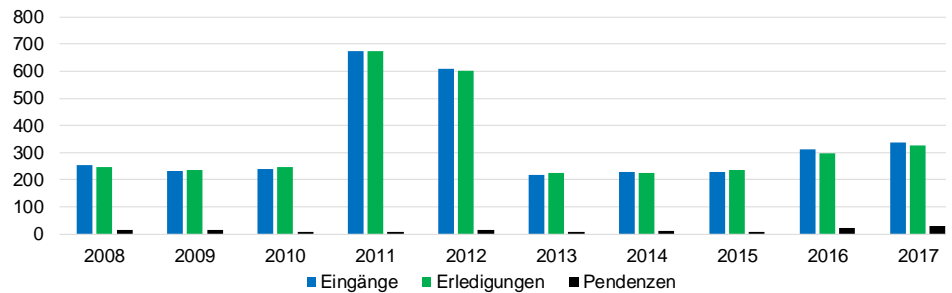
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Einzelrichter Rechtshilfe- und Schiedsgerichtswesen

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	253	231	241	674	610	217	230	230	312	336
Erledigungen	247	234	246	675	602	225	226	234	299	328
Pendenzen	16	13	8	7	15	7	11	7	20	28



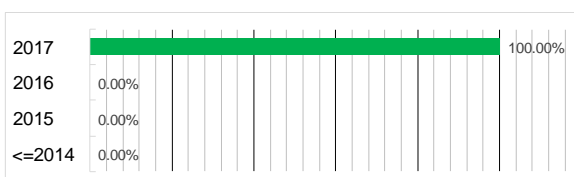
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Rechtshilfe	20	336	356	0	328	328	28
Schiedsgerichtssachen	0	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal	20	336	356	0	328	328	28

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Rechtshilfe	320	2	5	0	1	0	0
Schiedsgerichtssachen	0	0	0	0	0	0	0
Gesamttotal	320	2	5	0	1	0	0

Alter penderer Fälle ²



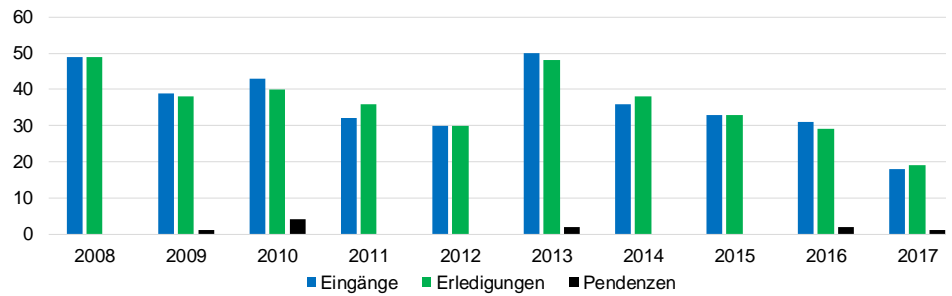
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

Kantonsgerichtspräsidium

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	49	39	43	32	30	50	36	33	31	18
Erledigungen	49	38	40	36	30	48	38	33	29	19
Pendenzen	0	1	4	0	0	2	0	0	2	1



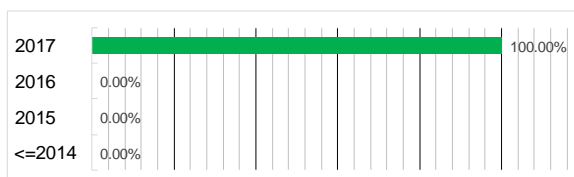
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Präsidialfälle	2	18	20	17	2	19	1
Gesamttotal	2	18	20	17	2	19	1

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Präsidialfälle	18	1	0	0	0	0	0
Gesamttotal	18	1	0	0	0	0	0

Alter pendenter Fälle ²



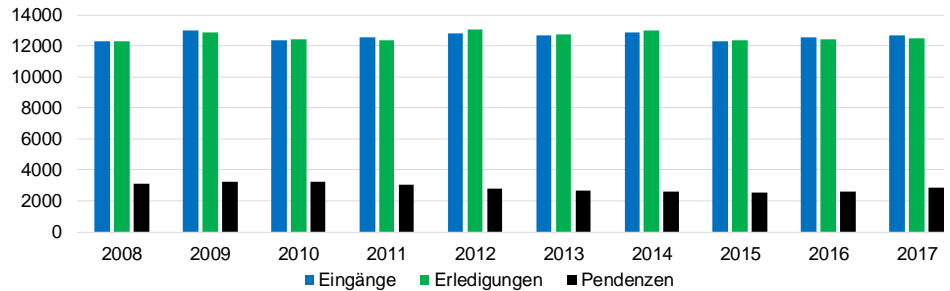
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgerichte (Gesamtübersicht)

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	12319	12993	12362	12544	12814	12654	12896	12327	12530	12683
Erledigungen	12279	12854	12429	12348	13066	12754	13000	12357	12439	12485
Pendenzen	3126	3266	3205	3057	2779	2679	2574	2531	2629	2827



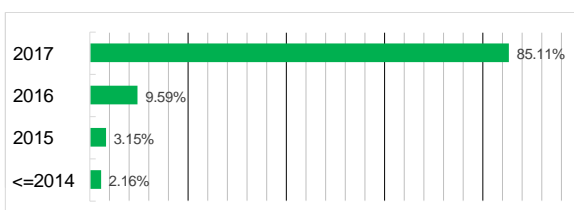
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	614	821	1435	572	141	713	722
Präsidialfälle	2015	11862	13877	9438	2334	11772	2105
Gesamttotal	2629	12683	15312	10010	2475	12485	2827

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	320	155	110	68	118	35	31
Präsidialfälle	10088	829	343	149	140	63	15
Gesamttotal	10408	984	453	217	258	98	46

Alter pendenter Fälle ²



Weiterzüge

Im Berichtsjahr erledigte Verfahren	12485
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheidungen	585
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	533
A. Rückzug, Nichteintreten	140
B. Entscheid durch obere Instanz bestätigt	171
C. Entscheid durch obere Instanz teilweise bestätigt	117
D. Entscheid durch obere Instanz nicht bestätigt	105

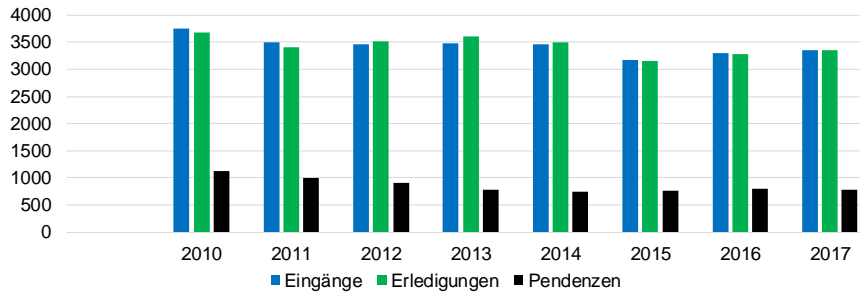
¹ Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

² Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht St.Gallen

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 2010) ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	3754	3501	3455	3479	3470	3168	3304	3347
Erledigungen	3673	3415	3522	3602	3500	3152	3278	3356
Pendenzen	1120	996	901	778	748	764	789	780



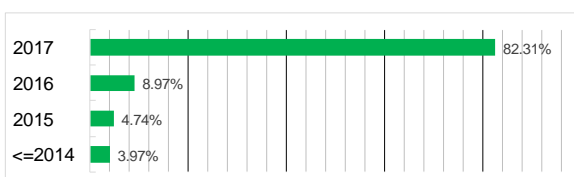
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	175	246	421	149	38	187	234
Einzelrichter	614	3101	3715	2635	534	3169	546
Gesamttotal	789	3347	4136	2784	572	3356	780

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	88	49	24	20	16	10	10
Einzelrichter	2647	237	102	49	46	37	6
	2735	286	126	69	62	47	16

Alter penderer Fälle ³



¹ Neuorganisation Gerichtskreise anlässlich Justizreform 2009

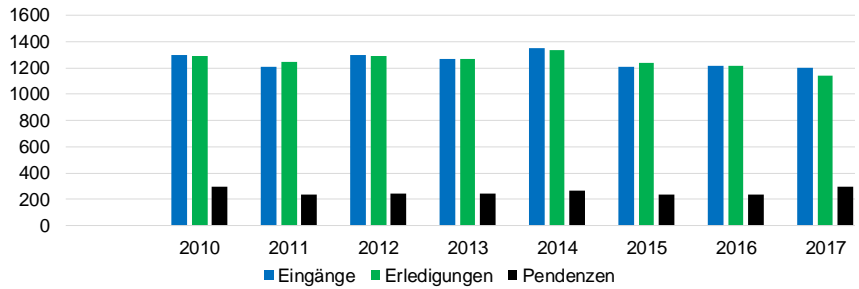
² Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

³ Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Rorschach

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 2010) ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	1301	1207	1299	1267	1349	1211	1217	1201
Erledigungen	1291	1249	1294	1266	1332	1239	1219	1140
Pendenzen	298	239	247	247	263	236	234	295



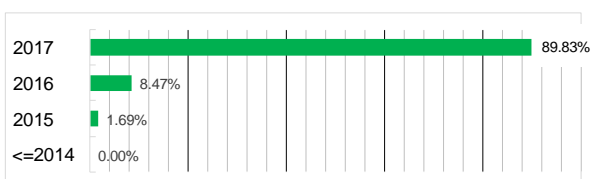
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	49	72	121	68	12	80	41
Einzelrichter	185	1129	1314	808	252	1060	254
Gesamttotal	234	1201	1435	876	264	1140	295

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	24	16	3	4	11	3	1
Einzelrichter	966	54	22	11	9	4	0
Gesamt	990	70	25	15	20	7	1

Alter pendenter Fälle ³



¹ Neuorganisation Gerichtskreise anlässlich Justizreform 2009

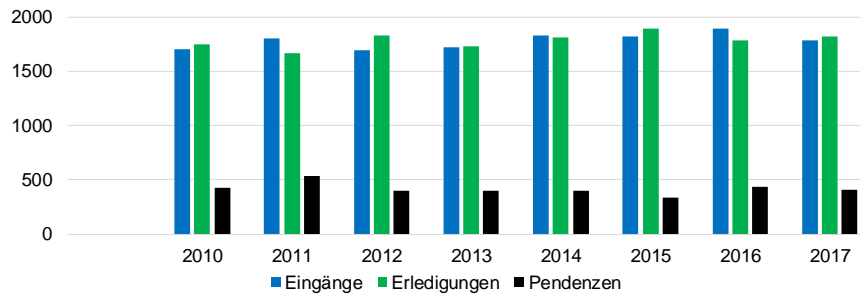
² Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

³ Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Rheintal

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 2010) ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	1702	1800	1694	1723	1830	1821	1892	1787
Erledigungen	1750	1669	1833	1730	1813	1890	1788	1817
Pendenzen	427	536	402	395	401	332	439	409



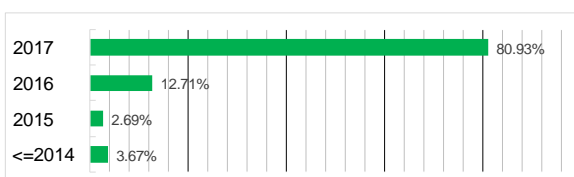
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	110	96	206	73	23	96	110
Einzelrichter	329	1691	2020	1327	394	1721	299
Gesamttotal	439	1787	2226	1400	417	1817	409

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	30	17	17	9	28	7	8
Einzelrichter	1464	144	56	26	32	3	2
	1494	161	73	35	60	10	10

Alter penderer Fälle ³



¹ Neuorganisation Gerichtskreise anlässlich Justizreform 2009

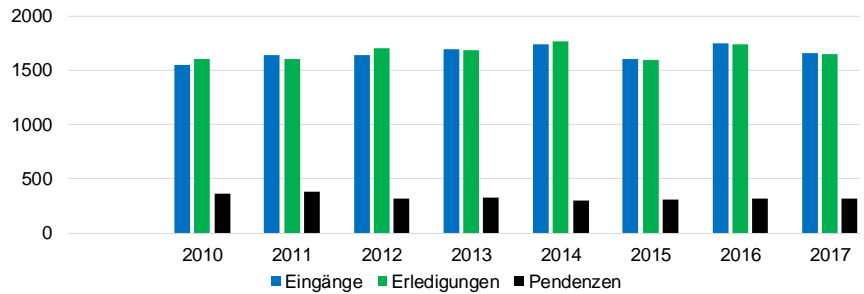
² Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

³ Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Werdenberg-Sarganserland

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 2010) ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	1550	1642	1644	1692	1738	1601	1749	1657
Erledigungen	1603	1604	1707	1685	1770	1593	1740	1653
Pendenzen	365	381	318	328	298	306	316	320



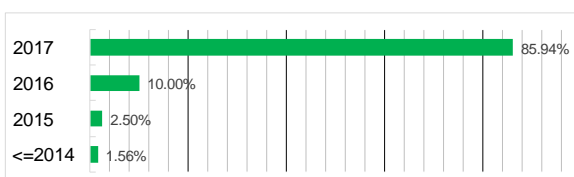
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	95	79	174	84	19	103	71
Einzelrichter	221	1578	1799	1230	320	1550	249
Gesamttotal	316	1657	1973	1314	339	1653	320

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	35	14	23	17	22	4	3
Einzelrichter	1381	88	37	10	16	0	3
Gesamt	1416	102	60	27	38	4	6

Alter penderer Fälle ³



¹ Neuorganisation Gerichtskreise anlässlich Justizreform 2009

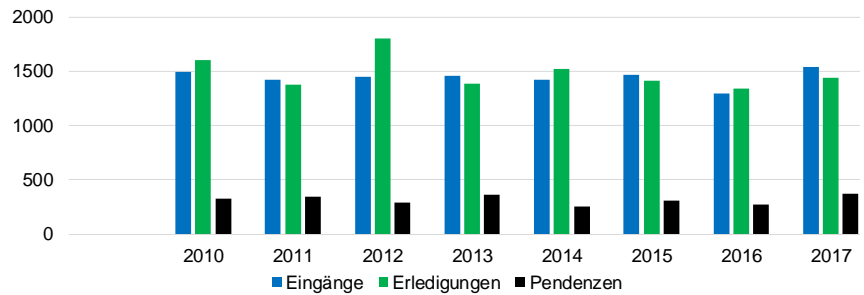
² Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

³ Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht See-Gaster

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 2010) ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	1496	1421	1454	1455	1420	1465	1298	1543
Erledigungen	1600	1377	1801	1388	1523	1414	1338	1442
Pendenzen	324	348	293	360	256	307	268	369



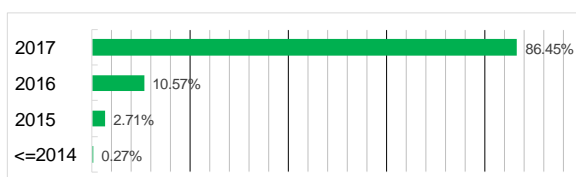
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	64	109	173	53	22	75	98
Einzelrichter	204	1434	1638	1030	337	1367	271
Gesamttotal	268	1543	1811	1083	359	1442	369

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	43	18	13	3	15	4	5
Einzelrichter	1170	120	20	15	8	1	1
Gesamttotal	1213	138	33	18	23	5	6

Alter penderer Fälle ³



¹ Neuorganisation Gerichtskreise anlässlich Justizreform 2009

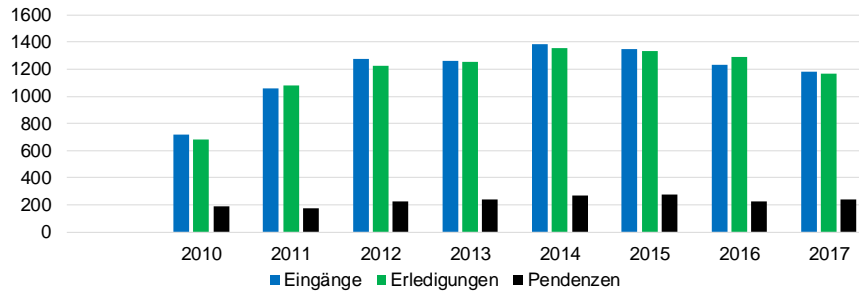
² Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

³ Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Toggenburg

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 2010) ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	719	1061	1277	1264	1384	1345	1234	1182
Erledigungen	684	1081	1226	1251	1353	1337	1288	1166
Pendenzen	187	171	224	237	267	276	226	242



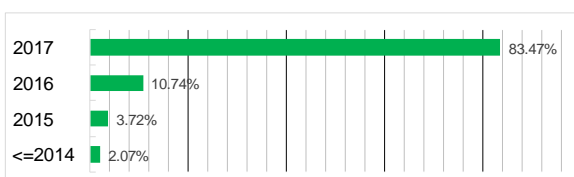
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	34	55	89	34	9	43	46
Einzelrichter	192	1127	1319	927	196	1123	196
Gesamttotal	226	1182	1408	961	205	1166	242

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	13	19	4	2	8	3	1
Einzelrichter	981	62	43	12	12	7	2
Gesamttotal	994	81	47	14	20	10	3

Alter penderer Fälle ³



¹ Neuorganisation Gerichtskreise anlässlich Justizreform 2009

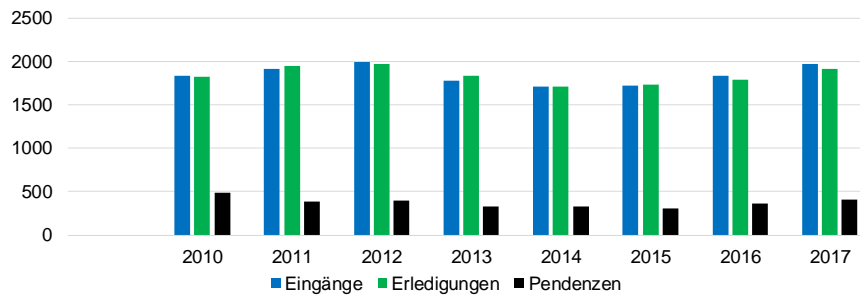
² Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

³ Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

Kreisgericht Wil

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 2010) ¹

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	1840	1912	1991	1774	1705	1716	1836	1966
Erledigungen	1828	1953	1976	1832	1709	1732	1788	1911
Pendenzen	484	386	394	334	326	310	357	412



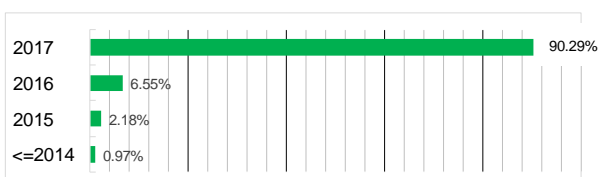
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Entscheid	Beschluss	Insgesamt	
Kollegialgericht	87	164	251	112	18	130	121
Einzelrichter	270	1802	2072	1480	301	1781	291
Gesamttotal	357	1966	2323	1592	319	1911	412

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Kollegialgericht	87	22	26	13	18	4	3
Einzelrichter	1479	124	63	26	17	11	1
Gesamttotal	1566	146	89	39	35	15	4

Alter pendenter Fälle ³



¹ Neuorganisation Gerichtskreise anlässlich Justizreform 2009

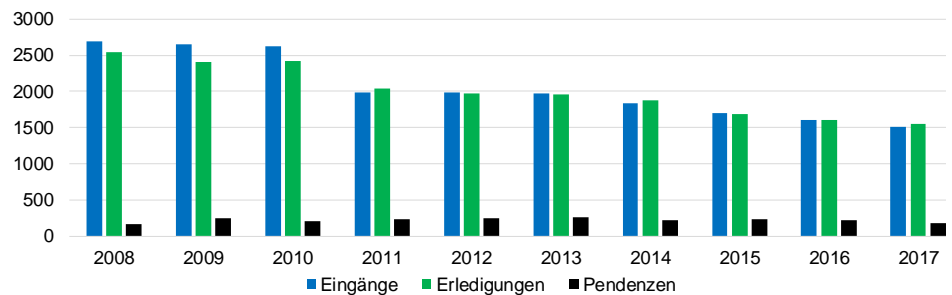
² Basis: Im Berichtsjahr beurteilte Verfahren

³ Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Vermittlungsämter

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	2693	2648	2622	1983	1984	1977	1830	1702	1600	1504
Erledigungen	2535	2401	2418	2043	1972	1962	1871	1688	1599	1553
Pendenzen	158	247	204	233	245	254	212	226	221	172



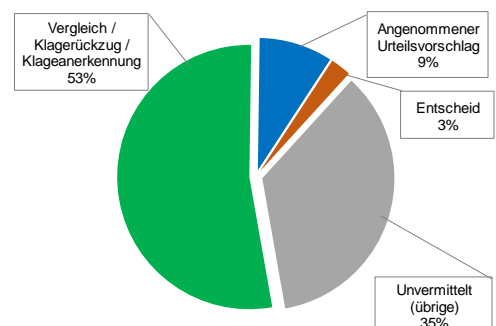
Fallzahlen Berichtsjahr

Gerichtskreis	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen	Pendent Ende 2017
St.Gallen	68	320	388	332	56
Rorschach	17	125	142	132	10
Rheintal	19	239	258	236	22
Werdenberg-Sarganserland	13	194	207	199	8
See-Gaster	52	290	342	315	27
Toggenburg	17	107	124	108	16
Wil	35	229	264	231	33
Gesamttotal	221	1504	1725	1553	172

Übersicht nach Erledigungsarten

Im Berichtsjahr erledigt durch

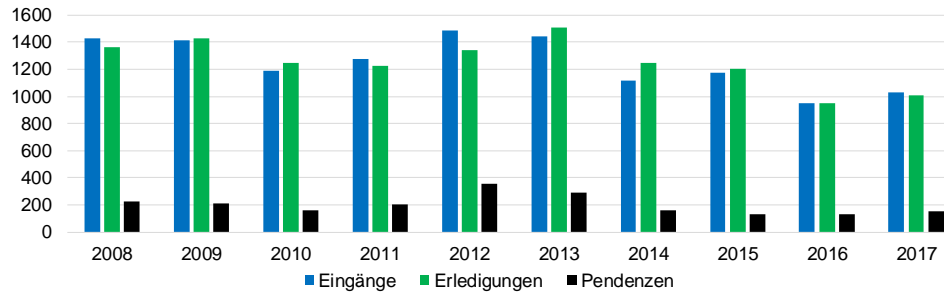
Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung	53%
Angenommener Urteilsvorschlag	9%
Entscheid	3%
Unvermittelt (übrige)	35%
Total	100%



Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	1430	1412	1191	1277	1484	1443	1114	1176	951	1031
Erledigungen	1360	1430	1244	1228	1339	1506	1250	1200	949	1006
Pendenzen	228	210	157	206	355	292	156	127	129	154



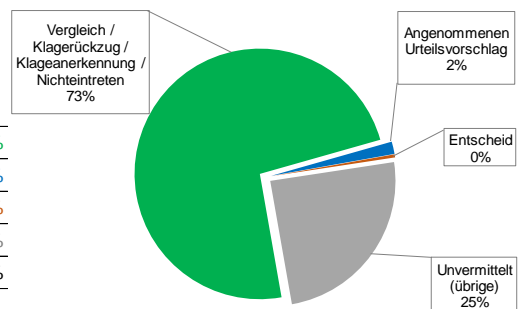
Fallzahlen Berichtsjahr

Gerichtskreis	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen	Pendent Ende 2017
St.Gallen	32	397	429	375	54
Rorschach	13	71	84	72	12
Rheintal	14	133	147	118	29
Werdenberg-Sarganserland	23	95	118	98	20
See-Gaster	13	122	135	115	20
Toggenburg	21	84	105	98	7
Wil	13	129	142	130	12
Gesamttotal	129	1031	1160	1006	154

Übersicht nach Erledigungsarten

Im Berichtsjahr erledigt durch

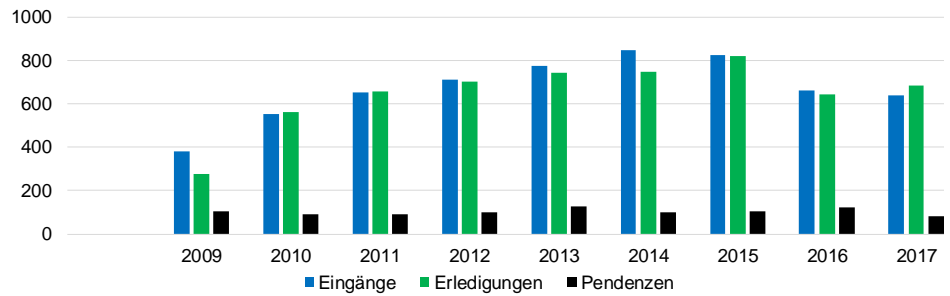
Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung / Nichteintreten	73%
Angenommenen Urteilsvorschlag	2%
Entscheid	0%
Unvermittelt (übrige)	25%
Total	100%



Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 01.06.2009)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	381	554	652	713	774	846	824	663	641
Erledigungen	277	563	656	704	743	747	818	643	682
Pendenzen	104	92	89	99	127	99	103	123	82



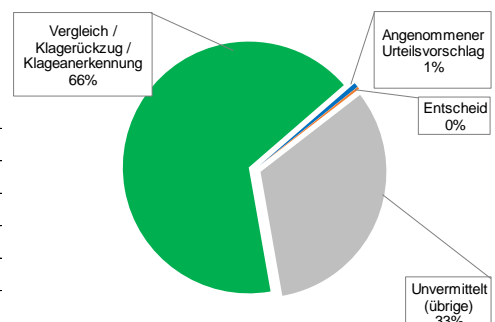
Fallzahlen Berichtsjahr

Gerichtskreis	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen	Pendent Ende 2017
St.Gallen	57	217	274	230	44
Rorschach	12	52	64	60	4
Rheintal	10	102	112	104	8
Werdenberg-Sarganserland	19	64	83	79	4
See-Gaster	1	53	54	51	3
Toggenburg	8	58	66	53	13
Wil	16	95	111	105	6
Gesamttotal	123	641	764	682	82

Übersicht nach Erledigungsarten

Im Berichtsjahr erledigt durch

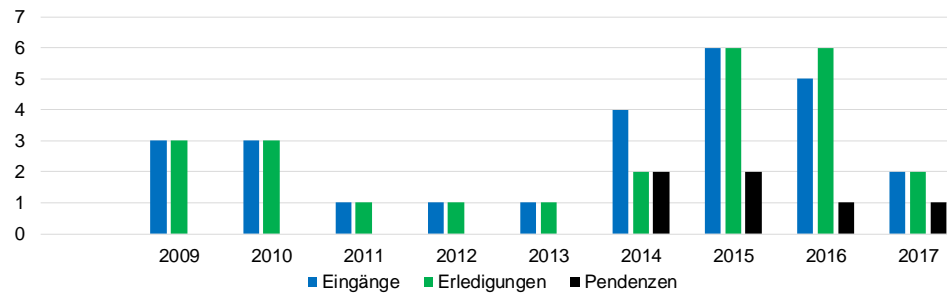
Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung	66%
Angenommener Urteilstvorschlag	1%
Entscheid	0%
Unvermittelt (übrige)	33%
Total	100%



Schlichtungsstelle für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (ab 01.06.2009)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	3	3	1	1	1	4	6	5	2
Erledigungen	3	3	1	1	1	2	6	6	2
Pendenzen	0	0	0	0	0	2	2	1	1



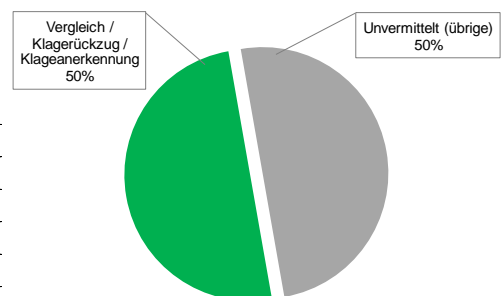
Fallzahlen Berichtsjahr

Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen	Pendent Ende 2017
1	2	3	2	1

Übersicht nach Erledigungsarten

Im Berichtsjahr erledigt durch

Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung	50%
Angenommener Urteilsvorschlag	0%
Entscheid	0%
Unvermittelt (übrige)	50%
Total	100%



4. Rechtsanwaltspatente / Rechtsagentenpatente

Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Patent an folgende 53 Bewerberinnen und Bewerber:

Aeschimann Regula	Mauchle Patrik
Allemann Richard	Metin Hatun
Amann Matthias	Nüesch Benjamin
Beckers Simone	Oppliger Martin
Beeler Andrea	Rothenberger Tobias
Bischof Severin	Rüdlinger Jana
Bollhalder Lea	Ruhe Markus
Bruggmann Livia	Schlegel Christina
Büchel Natali	Schwizer Pascale
Bürgler Andreas	Sennhauser Pascal
Cincelli Roman	Stadler Anja
Cottinelli Senta	Steiner Simone
Cukur Selma	Stocker Pascal
Dubach Manuel	Strahm Sandra
Eggenberger Roman	Studer Lorena
Eggenschwiler Ursina	Teichmann Fabian M.
Ehrenzeller Tina	Tschumi Tobias
Fisch Raphael	Vitali Fiona
Friedrich Kerstin	Walker Nadia
Giesel Julian	Walter Lydia
Haas Julia	Walz Severin
Jud Stefan	Weder Stephanie
Keller Lisa	Weinhappl Lukas
Labrador Christian	Wohlwend Marc
Lemm Aita	Zaugg Carmen
Louis Alexander	Zaugg-Grau Stephanie
Mätzler Nora	

Rechtsagentenpatente

Die Anwaltskammer erteilte das Rechtsagentenpatent an folgende 6 Bewerberinnen und Bewerber:

Aepli Fabian	Mäder Markus
Bachmann Claudia	Trapletti Jasmin
Macedo Gabriel	Züst Stefan

C. Verwaltungsgerichtsbarkeit

Verwaltungsgericht an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1)
Bericht über die Amtsführung im Jahr 2017.

St.Gallen, im Februar 2018

Im Namen des Verwaltungsgerichts
Der Präsident:
lic.iur. Beda Eugster

1. Verwaltungsgericht

1.1 Personelles

Auf das Ende der Amtsdauer 2011/2017 per 31. Mai 2017 sind die langjährigen nebenamtlichen Verwaltungsrichter lic.iur. Armin Linder (Mitglied seit 1987, Vizepräsident seit 2011) und Dr. iur. Balthasar Heer (Mitglied seit 1998) sowie die Ersatzrichterin lic.iur. LL.M. Daniela Gmünder (Ersatzmitglied seit 1996) und der Ersatzrichter Paul Somm (Ersatzmitglied seit 2005) zurückgetreten. Sie haben in je ihrer eigenen Weise die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts massgebend und nachhaltig mitgeprägt.

Am 1. Juni 2017 haben lic.iur. utr. Beda Eugster (bisher, Präsident des Verwaltungsgerichts) und lic.iur. Stefan Zürn (neu, Vizepräsident des Verwaltungsgerichts) die Tätigkeit als hauptamtliche Abteilungspräsidenten aufgenommen. Zu nebenamtlichen Verwaltungsrichtern und Verwaltungsrichterinnen hat der Kantonsrat für die Amtsdauer 2017/2023 Dr. iur. Silvia Bietenharder und lic.iur. et lic.rer.publ. HSG Iris Zindel (beide bisher), Dr. iur. Walter Engeler und Dr. iur. Catherine Reiter (beide bisher Ersatzmitglieder) sowie Dr. iur. Kurt Steiner und lic.iur. LL.M. Thomas Zogg (beide neu) gewählt.

Leider wurden die Gesamterneuerungswahlen durch parteipolitische Auseinandersetzungen überschattet. Diese haben unter anderem dazu geführt, dass für das Verwaltungsgericht wiederkandidierende Richterpersonen, ohne dass deren Amtstätigkeit oder ihre Wiederwahl im Vorfeld in Frage gestellt worden wäre, aus offensichtlich parteipolitischen Gründen erst im zweiten oder gar dritten Wahlgang bestätigt worden sind. Solcherart parteipolitisch beeinflusste Bestätigungswahlen von Richterpersonen gefährden die Unabhängigkeit der Gerichte.

1.2 Geschäftslast

Zu den Ende 2016 hängigen 318 (im Vorjahr 286) Verfahren kamen im Jahr 2017 insgesamt 268 (263) Neueingänge, davon 4 (6) personalrechtliche Klagen, hinzu. Von den 264 (257) Beschwerden betrafen 35 (38) das Bau-, Planungs- und Umweltrecht, 50 (38) das öffentliche Beschaffungswesen, 51 (45) das Ausländerrecht, 18 (14) Berufs- und Gewerbebewilligungen, 41 (24) das Steuer- und Abgaberecht und 8 (24) das Strassenverkehrsrecht. Die restlichen 61 (74) Verfahren verteilten sich auf die übrigen Zuständigkeitsbereiche des Verwaltungsgerichts. Im Berichtsjahr konnten 267 (231) Verfahren, davon 159 (125) mit einem Kollegial-, 108 (106) mit einem Präsidialentscheid, erledigt werden. Per Ende 2017 waren damit 319 (318) Verfahren pendent. Von den am Ende des Berichtsjahres anhängigen 319 Verfahren waren deren 85 (davon 79 Abacus-Beschwerden) sistiert. Von den am Ende des Berichtsjahres hängigen Verfahren waren je 1 Streitsache in den Jahren 2010 und 2012 – beide Angelegenheiten waren während längerer Zeit sistiert – und 81 Streitsachen, davon 72 am Ende des Berichtsjahres sistierte Beschwerden im Zusammenhang mit der Beschaffung von Software durch die Politischen Gemeinden zur Umsetzung des neuen Rechnungslegungsmodells (Abacus-Beschwerden), im Jahr 2015 eingeschrieben worden. 78 der pendenten Streitsachen sind im Jahr 2016, 158 im Jahr 2017 eingegangen.

Der Präsident – bis 31. Mai 2017 – und die Abteilungspräsidenten – ab 1. Juni 2017 – verfügten in 42 (22) Fällen über Erteilung oder Entzug der aufschiebenden Wirkung, in 35 (6) Fällen über unentgeltliche Rechtspflege, in 4 (12) Fällen über vorsorgliche Massnahmen, Fristwiederherstellungen oder Akteneinsichtsbegehren und in 26 (80, davon 65 Abacus-Beschwerden) Fällen über die Sistierung von Verfahren.

Zahlreiche Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen werden in den Entscheidungssammlungen St.Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) sowie St.Galler Steuerentscheide (SGE) veröffentlicht. Zudem publiziert das Verwaltungsgericht seine Kollegialentscheide praktisch voll-

zählig und ausgewählte Präsidialentscheide auf seiner Rechtsprechungsseite im Internet. Interessierte werden auf Wunsch über Neupublikationen automatisch informiert. Dieses Angebot wird rege benutzt und sehr geschätzt.

Das Verwaltungsgericht hat intensiv mitgewirkt bei der kantonalen Verwaltungsjustizreform bereits im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens. Deren konkrete Umsetzung beinhaltete für das Gericht anschliessend die Revision des eigenen Reglementes sowie der Verordnung und des Reglementes der VRK, die Neu-Konstituierung, die Schaffung der Grundlagen für die neue Konferenz der Gerichte, und zusammen mit dem Hochbauamt die Evaluation eines neuen Standortes und nachher die Vorbereitung und Durchführung des Standortwechsels.

Daneben hat das Verwaltungsgericht zu 12 Gesetzgebungsvorlagen auf Bundes- und Kantons-ebene Vernehmlassungen und Mitberichte abgegeben, so insbesondere zur Honorarordnung für Rechtsanwälte und Rechtsagenten, zum Sozialhilfegesetz und zum Gesetz über die Religionsgemeinschaften.

1.3 Gerichtsverwaltung

1.3.1 Allgemeines

Auf den Beginn der Amtsdauer 2017/2023 sind die mit der Reform der Verwaltungsjustiz gemäss VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 31. Januar 2017 (nGS 2017-032) beschlossenen Neuerungen und das neu gefasste Reglement über die Organisation und den Geschäftsgang des Verwaltungsgerichts vom 1. Mai 2017 (nGS 2017-044/sGS 941.22) in Kraft getreten. Das Verwaltungsgericht ist neu nach Rechtsgebieten in drei Abteilungen gegliedert. Schwergewichtig befasst sich die Abteilung I mit Bau-, Planungs- und Umweltrecht sowie öffentlichem Beschaffungsrecht, die Abteilung II mit Ausländerrecht, Personalrecht sowie Berufs- und Gewerbebewilligungen und die Abteilung III mit Steuern und Abgaben, Strassenverkehrsrecht sowie politischen Rechten. Die Abteilungen sprechen in der Regel in Dreierbesetzung unter dem abwechselnden Vorsitz eines der beiden hauptamtlichen Verwaltungsrichter Recht.

1.3.2 Personelles

Das Gericht hat die nebenamtlichen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter lic.iur. et lic.rer.publ. HSG Iris Zindel (bisher) und Dr. iur. Kurt Steiner (neu) der Abteilung I, Dr. iur. Catherine Reiter (bisher) und lic.iur. LL.M. Thomas Zogg (neu) der Abteilung II sowie Dr. iur. Silvia Bietenharder und Dr. iur. Walter Engeler (beide bisher) der Abteilung III zugewiesen.

1.3.3 Finanzen

In der Novembersession 2017 hat der Kantonsrat dem Verwaltungsgericht mit dem Budget 2018 die ursprünglich bereits für den Beginn der neuen Amtsperiode am 1. Mai 2017 beantragten zusätzlichen Mittel für eine moderate Personalaufstockung bewilligt. Damit hat das Gericht zusätzliche Stellen für zwei Gerichtsschreiberinnen mit einem Pensum von je 80 % besetzen und die Sekretariatspensen massvoll erhöhen können.

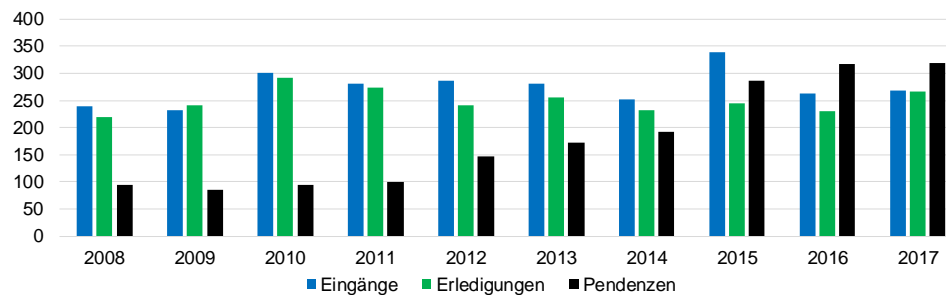
1.3.4 Infrastruktur

Im Hinblick auf die mit der Reform der Verwaltungsjustiz verbundene personelle Erweiterung hat das Verwaltungsgericht seinen Amtssitz im April 2017 von der Spisergasse 41 ins «Haus zur Grünen Thür» an der Webergasse 8 verlegt. Dabei wurde das Gericht vom kantonalen Hochbauamt ausgezeichnet unterstützt. Am neuen, sehr repräsentativen Standort verfügt das Verwaltungsgericht nun über ausreichende und angemessene Räume für seine bisherigen und die mit den Budgets 2017 und 2018 bewilligten zusätzlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Verwaltungsgericht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	240	232	300	280	287	281	252	338	263	268
Erledigungen	219	241	292	274	241	255	232	244	231	267
Pendenzen	95	86	94	100	146	172	192	286	318	319



Fallzahlen Berichtsjahr

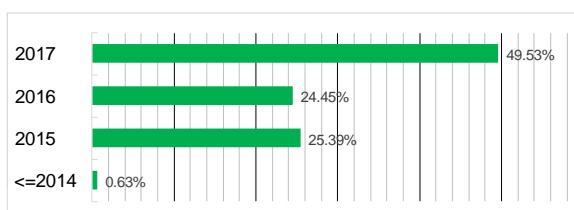
	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Kollegial	Präsidual	Insgesamt	
Hauptverfahren	318	268	586	159	108	267	319
Zwischenverfahren (ZV) *					107	107	

* Verfügungen betr. Sistierungen, aufschiebende Wirkung, vorsorgliche Massnahmen, unentgeltliche Rechtspflege usw.

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Hauptverfahren	82	36	15	10	114	9	1

Alter penderer Fälle ²



Weiterzüge

Im Berichtsjahr erledigte Verfahren (inkl. ZV)	374
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheidungen	48
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	47
A. Entscheidung durch obere Instanz bestätigt	43
B. Entscheidung durch obere Instanz teilweise bestätigt	1
C. Entscheidung durch obere Instanz nicht bestätigt	3

¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren (abzüglich der Dauer von Sistierungen)

² Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr. 2010:1, 2012: 1, 2015: 81, 2016: 78, 2017:158

Verwaltungsgericht Abteilungen *

Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Abschreibung/ Nichteintreten/ Abweisung	teilweise Gutheissung/ Gutheissung	Insgesamt	
Abteilung I							
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	53	35	88	38	8	46	42
Öffentliches Beschaffungswesen	84	50	134	33	8	41	93
Weitere Rechtsgebiete	5	7	12	3	1	4	8
Total	142	92	234	74	17	91	143
Abteilung II							
Ausländerrecht	43	51	94	42	5	47	47
Berufs- und Gewerbebewilligungen	11	18	29	12	3	15	14
Weitere Rechtsgebiete	42	21	63	23	6	29	34
Total	96	90	186	77	14	91	95
Abteilung III							
Steuer- und Abgaberecht	34	41	75	29	6	35	40
Strassenverkehrsrecht	17	8	25	11	2	13	12
Weitere Rechtsgebiete	29	37	66	33	4	37	29
Total	80	86	166	73	12	85	81
Gesamttotal	318	268	586	224	43	267	319

* Übernommene Geschäfte sowie Eingänge und Erledigungen bis 31. Mai 2017 wurden entsprechend den Rechtsgebieten bei den mit dem Inkrafttreten der Reform der Verwaltungsjustiz per 1. Juni 2017 geschaffenen Abteilungen zugeordnet.

2. Verwaltungsrekurskommission

2.1 Personelles

Am 1. August 2017 trat lic.iur. Titus Gunzenreiner, St.Gallen, die Nachfolge des per 1. Juni 2017 zum hauptamtlichen Richter des Verwaltungsgerichts gewählten lic.iur. Stefan Zürn an. Ada Hehli Rüst, Engelburg, Jacqueline Honsell Rüesch, St.Gallen, Agnes Husi Heinzelmänn, Rorschach, und Ernst Leuener, Buchs, traten in der Berichtsperiode als Fachrichterinnen und Fachrichter zurück. Als neue Fachrichterin und Fachrichter wählte der Kantonsrat Heidi Roth, St.Gallen, Sandro Contratto, Gossau, und Kaspar Sprenger, St.Gallen.

2.2 Geschäftslast

Anfangs 2017 waren 270 (Vorjahr: 342) Fälle pendent; im Berichtsjahr sind 1026 (1002) hinzugekommen. Davon betrafen 377 (272) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 204 (189) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 307 (369) das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (inkl. fürsorgliche Unterbringungen) und 96 (125) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Haftüberprüfungen). Die restlichen 42 (47) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission führte im Berichtsjahr 171 (184) Parteiverhandlungen, 14 (23) Augenscheine mit anschliessender Urteilsberatung, 22 (12) Kinderanhörungen und 22 (25) Gerichtssitzungen durch. Insgesamt wurden 330 (378) Rekurse und Beschwerden durch das Gericht entschieden. 544 (571) Rekurse und Beschwerden sowie 99 (125) Haftanträge im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden präsidial entschieden. Zudem war im Geschäftsjahr über 84 (99) Begehren um unentgeltliche Rechtspflege und 31 (35) Gesuche um Erteilung / Entzug der aufschiebenden Wirkung zu entscheiden. Weitere 18 (26) Zwischenverfügungen betrafen die Anordnung vorsorglicher Massnahmen, Ausstandsbegehren sowie Sistierungs- und Wiederherstellungsgesuche.

Insgesamt wurden 973 (1074) Hauptverfahren abgeschlossen. Die Zahl der pendenten Fälle betrug per Ende 2017 noch 323 (270). Davon wurden 5 in den Jahren 2013/2014, 7 im Jahr 2015, 30 im Jahr 2016 und 281 im Jahr 2017 eingeschrieben. 44 (39) Streitsachen waren per 31. Dezember 2017 sistiert.

Rund 80 Prozent der Streitsachen konnten innerhalb von 6 Monaten erledigt werden. Von den 43 Geschäften mit einer Verfahrensdauer von mehr als 12 Monaten betrafen 13 die Abteilung I/1 (inklusive Steuerstrafen), 10 die Abteilung V, je 7 die Abteilungen I/2 und II/1, 4 die Abteilung II/3 und je 1 die Abteilungen II/2 und IV. Weitere Informationen zur Geschäftslast sind in den nachfolgenden Tabellen enthalten.

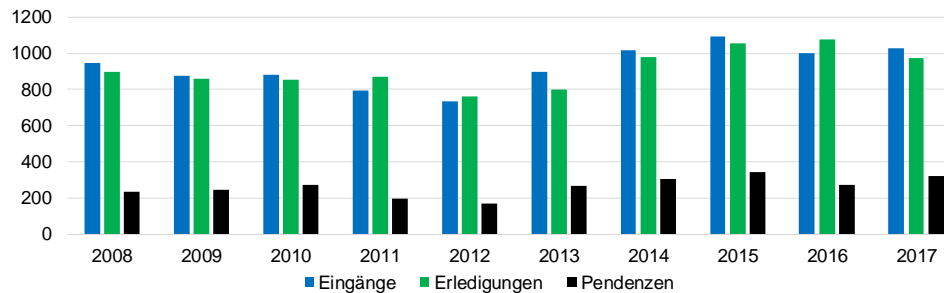
2.3 Gerichtsorganisation

Mit Inkrafttreten der Reform der Verwaltungsjustiz per 1. Juni 2017 wurde die Abteilung III in drei Kammern aufgeteilt. Die 1. Kammer befasst sich mit Rekursen und Beschwerden in den Bereichen Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung, Berufsausübung und -zulassung, die 2. Kammer mit dem öffentlichen Personalrecht und die 3. Kammer mit Rekursen und Beschwerden im Zusammenhang mit der Öffentlichkeit und der Information der Verwaltung, Disziplinar-massnahmen gegen Medizinalpersonen sowie Klagen, die nicht auf Personalrecht beruhen.

Verwaltungsrekurskommission

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	947	876	881	795	735	895	1019	1092	1002	1026
Erledigungen	896	861	855	872	762	797	981	1055	1074	973
Pendenzen	232	247	273	196	169	267	305	342	270	323



Fallzahlen Berichtsjahr

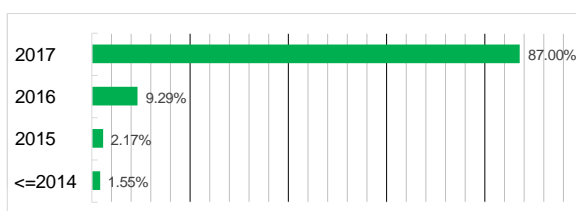
	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Kollegial	Präsidial	Insgesamt	
Hauptverfahren	270	1026	1296	330	643	973	323
Zwischenverfahren (ZV) *	11	135	146	0	133	133	13

* Verfügungen betr. Sistierungen, aufschiebende Wirkung, vorsorgliche Massnahmen, unentgeltliche Rechtspflege usw.

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Hauptverfahren	630	146	107	47	39	4	0
Zwischenverfahren	116	15	2	0	0	0	0

Alter penderer Fälle ²



Weiterzüge

Im Berichtsjahr erledigte Verfahren (inkl. ZV)	1106
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheidungen	90
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	86
A. Entscheidung durch obere Instanz bestätigt	71
B. Entscheidung durch obere Instanz teilweise bestätigt	7
C. Entscheidung durch obere Instanz nicht bestätigt	8

¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren (abzüglich der Dauer von Sistierungen)

² Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr

Verwaltungsrekurskommission Abteilungen

Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Abschreibung/ Nichteintreten/ Abweisung *	teilweise Gutheissung/ Gutheissung	Insgesamt	
Abteilung I (Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	90	280	370	179	63	242	128
2. Kammer	11	97	108	78	5	83	25
Total	101	377	478	257	68	325	153

Abteilung II (Schätzungen, Landwirtschaft)							
1. Kammer	8	7	15	4	4	8	7
2. Kammer	5	4	9	7	0	7	2
3. Kammer	11	9	20	6	0	6	14
Total	24	20	44	17	4	21	23

Abteilung III (Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung, Berufsausübung, Berufszulassung, öffentlich-rechtliches Personalrecht, Öffentlichkeit und Information der Verwaltung, Disziplinar massnahmen gegen Medizinalpersonen, nicht auf Personalrecht beruhende Klagen)							
1. Kammer **	3	17	20	10	2	12	8
2. Kammer	0	2	2	0	0	0	2
3. Kammer	0	3	3	1	0	1	2
Total	3	22	25	11	2	13	12

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Total	Erledigungen		Pendent Ende	
				Abschreibung/ Nichteintreten/ Abweisung *	teilweise Gutheissung/ Gutheissung		Insgesamt
Abteilung IV (Verkehr)	58	204	262	181	25	206	56
Abteilung V (Kindes- und Erwachsenenschutz einschliesslich fürsorgerische Unterbringung)	81	307	388	262	47	309	79
Abteilung VI (Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)	3	96	99	98	1	99	0
Gesamttotal	270	1026	1296	826	147	973	323

* Abt. VI: Bestätigung der Zwangsmassnahme

** Übernommene Geschäfte sowie Eingänge und Erledigungen bis 31. Mai 2017 der Abteilung III wurden der mit Inkrafttreten der Reform der Verwaltungsjustiz per 1. Juni 2017 geschaffenen Abteilung III/1 zugeordnet.

D. Sozialversicherungsgerichtsbarkeit

Versicherungsgericht an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1)
Bericht über die Amtsführung im Jahr 2017.

St.Gallen, im Februar 2018

Im Namen des Versicherungsgerichts
Der Präsident:
lic.iur. Joachim Huber

1. Versicherungsgericht

1.1 Personelles

Auf Ende der Amtszeit 2011/2017 trat am 31. Mai 2017 Versicherungsrichterin lic.iur. Lisbeth Mattle Frei in den Ruhestand. Sie stand seit 1997 der Abteilung I des Versicherungsgerichtes vor und präsidierte dieses als erste Frau von 2011 bis 2015. Zu ihrer Nachfolgerin wählte der Kantonsrat lic.iur. Michaela Machleidt Lehmann. Auf den 1. Juni 2017 konstituierte sich das Versicherungsgericht neu. Die Richterinnen und Richter arbeiteten gesamthaft mit dem gleichen Arbeitspensum (665%) wie im Jahr zuvor. Allerdings befindet sich Dr. iur. Miriam Lendfers seit November 2017 in einem fünfmonatigen unbezahlten Ausland- und Bildungsaufenthalt. Zur Kompensation dieses Ausfalls hat die Regierung auf Vorschlag des Versicherungsgerichtes lic.iur. Lisbeth Mattle Frei von November 2017 bis März 2018 zur ausserordentlichen Ersatzrichterin ernannt.

1.2 Geschäftslast

Die Neueingänge (807) sind gegenüber dem Vorjahr (771) wieder deutlich angestiegen (+5 Prozent). Die Neueingänge betreffen wiederum zu rund 57 Prozent die Invalidenversicherung (total 461 Fälle; Vorjahr 439 Fälle). Dieser Anteil ist damit unverändert hoch geblieben. Fortgesetzt hat sich der Rückgang der Neueingänge im Bereich der Arbeitslosenversicherung um 11 Prozent (74 Fälle; Vorjahr 83 Fälle). Dagegen nahmen die Neueingänge im Bereich der Unfallversicherung von 85 auf 110 Fälle stark zu (+29 Prozent). Ansonsten sind keine signifikanten Veränderungen gegenüber 2016 zu verzeichnen. Nach wie vor entfallen damit die meisten Fälle auf die beiden arbeitsintensivsten Rechtsgebiete Invalidenversicherung und Unfallversicherung. Sie machen im Jahr 2017 nahezu drei Viertel (Vorjahre gut zwei Drittel) der Gesamtbelastung des Gerichtes (1795 Fälle) aus, welche sich gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozent (-64 Fälle) verringert hat. Die Zahl der Erledigungen (806) nahm gegenüber dem Vorjahr um 7 Prozent ab. Die Pendenzen am Jahresende (989) haben sich praktisch nicht verändert (+1 Fall) und entsprechen 122 Prozent der über das Jahr hinweg erledigten Fälle (Vorjahr 113 Prozent). Das Ziel, den Pendenzenberg weiter abzubauen, wurde im Berichtsjahr nicht erreicht. Dies liegt unter anderem daran, dass die ältesten Fälle prioritär behandelt und deshalb mehr Kollegialentscheide (407 Fälle; Vorjahr 390) als Einzelrichterentscheide (399 Fälle; Vorjahr 480) erledigt werden mussten.

Von den 989 am Jahresende pendenten Fällen waren 569 spruchreif, d.h. bereit für die Referatserstellung (402) oder zum Referat zugeteilt (167). 320 Fälle befanden sich noch in einem früheren Verfahrensstadium und 40 Fälle waren sistiert. 60 Fälle befanden sich in einem späteren Verfahrensstadium (Referat in Zirkulation, beurteilt oder Beweisverfahren).

1.3 Gerichtsverwaltung

1.3.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurde das Versicherungsgericht, das zuvor seit seiner Gründung unter der Aufsicht des Verwaltungsgerichtes gestanden hatte, im Zuge des Inkrafttretens der Verwaltungsjustizreform neben dem Kantonsgericht und dem Verwaltungsgericht als drittes oberes kantonales Gericht verselbständigt und der direkten Aufsicht des Kantonsrates unterstellt. Seither legt es in eigener Verantwortung Rechenschaft über seine Tätigkeit gegenüber der Wahl- und Aufsichtsbehörde ab und vertritt seine Interessen selbständig. Aufgrund dieser neuen Ausgangslage haben Kantonsgericht, Verwaltungsgericht und Versicherungsgericht auf den 1. Juni 2017 die Konferenz der Gerichte ins Leben gerufen, welche der Koordination und der Vertretung der Gerichte dient und deren Stellung als dritte Staatsgewalt fördert. Diese Gerichte sprechen sich im Rahmen der Konferenz über die sie gemeinsam betreffenden Belange ab, wozu auch die Koordination von gemeinsamen Verwaltungsaufgaben gehört. Das Versicherungsgericht kann auf diesem Weg für seine Verwaltung auf das Dienstleistungsangebot des Generalsekretariats des Kantonsgerichtes zugreifen.

1.3.2 Personelles

Im Berichtsjahr konnte eine vakante Gerichtsschreiberstelle wieder besetzt werden. Zudem wurde eine Gerichtsschreiberin, welche ihre Stelle gekündigt hatte, ersetzt. Zuzolge einer unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit blieb eine Gerichtsschreiberstelle während knapp sieben Monaten ganz oder teilweise unbesetzt.

1.3.3 Finanzen

Seit 2015 wird die Rückerstattung von Leistungen, welche für die unentgeltliche Rechtspflege in vor Versicherungsgericht geführten Verfahren gewährt wurden, aktiv betrieben. Da 2017 erneut ein Betrag im hohen fünfstelligen Frankenbereich rückerstattet wurde, wirft die Bewirtschaftung zum dritten Mal in Folge einen stattlichen Ertrag ab und kann als Erfolg bezeichnet werden.

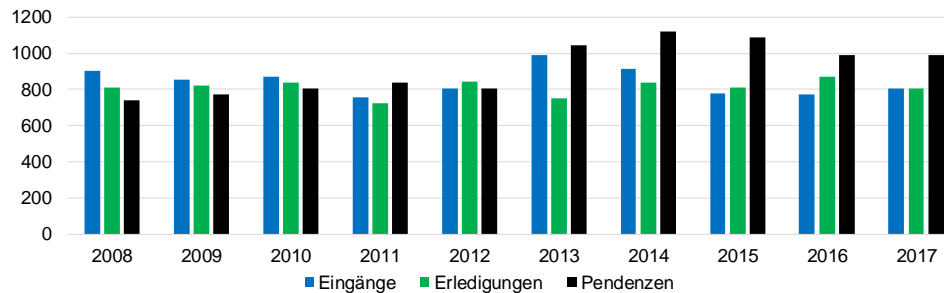
1.3.4 Infrastruktur

Das Versicherungsgericht hat mehrere Laptop-Geräte angeschafft, welche es den Mitarbeitenden, welche die Voraussetzungen dafür erfüllen, ermöglichen, Telearbeit zu leisten, das heisst ihre Arbeit während eines Tages pro Woche von zuhause aus zu erledigen. Gegenwärtig machen fünf Mitarbeitende davon Gebrauch. Weiter wurden mehrere Arbeitsplätze bei Bedarf mit einem zweiten Bildschirm ausgerüstet.

Versicherungsgericht

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	905	856	870	756	807	992	912	778	771	807
Erledigungen	809	823	837	725	840	751	839	808	871	806
Pendenzen	740	773	806	837	804	1045	1118	1088	988	989



Fallzahlen Berichtsjahr

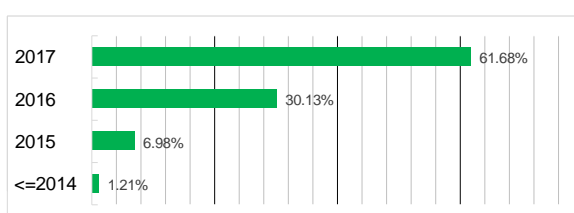
	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Gerichtsentscheide	Einzelrichterentscheide	Insgesamt	
Abteilungen I, II, III und Schiedsgericht							
Entscheide	988	807	1795	407	399	806	989
Zwischenentscheide (ab 2018) *							

* Verfügungen betr. Sistierungen, aufschiebende Wirkung, vorsorgliche Massnahmen, unentgeltliche Rechtspflege usw.

Verfahrensdauer ¹

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Abteilungen I, II, III und Schiedsgericht							
Entscheide	119	95	58	62	209	236	27
Zwischenentscheide (ab 2018)							

Alter penderer Fälle ²



Weiterzüge

Im Berichtsjahr erledigte Verfahren	806
Im Berichtsjahr angezeigte Weiterzüge von Entscheiden	88
Im Berichtsjahr mitgeteilte Erledigungen von Rechtsmitteln	87
A. Entscheid durch obere Instanz bestätigt	35
B. Entscheid durch obere Instanz teilweise bestätigt	13
C. Entscheid durch obere Instanz nicht bestätigt	28
D. Rückzug, Nichteintreten	11

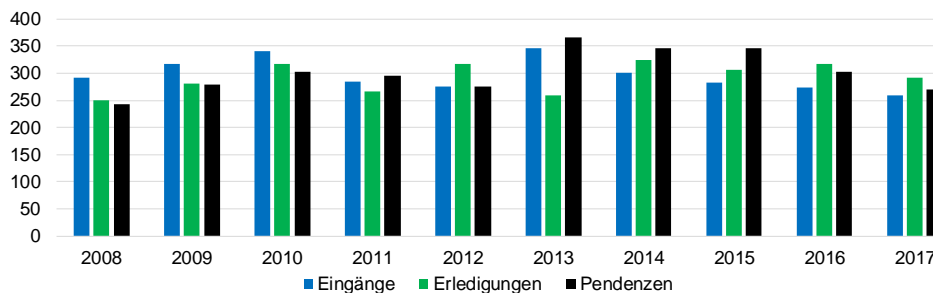
¹ Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

² Anteil penderer Fälle nach Falleingangsjahr.

Versicherungsgericht Abteilung I ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	291	318	340	284	275	346	300	283	274	259
Erledigungen	250	281	317	266	317	259	324	306	318	291
Pendenzen	242	279	302	295	276	366	347	347	303	270



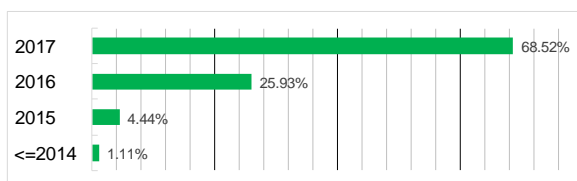
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Kollegialentscheide	Einzelrichterentscheide	Insgesamt	
Entscheide	302	259	561	103	188	291	270
Zwischenentscheide (ab 2018)							

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Entscheide	35	36	32	40	76	69	3
Zwischenentscheide (ab 2018)							

Alter penderter Fälle ³



¹ Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV); Arbeitslosenversicherung (AIV); Invalidenversicherung (IV); Erwerbsersatzordnung (EO); Mutterschaftsversicherung (MuV); Opferhilfe (OH); Familienzulagen (FamZ und FL); Mutterschaftsbeiträge (MB); Alimentenbevorschussung (AB)

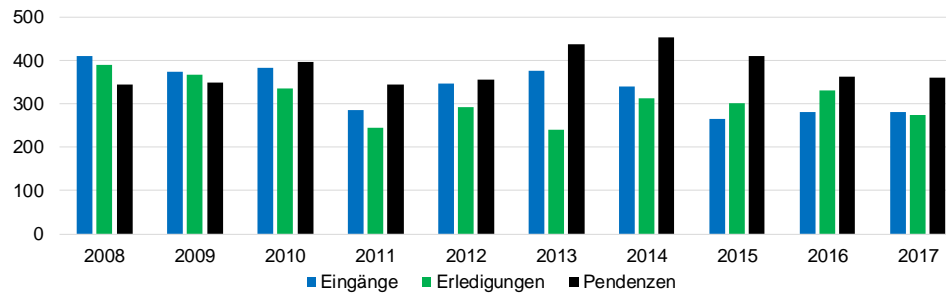
² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil penderter Fälle nach Falleingangsjahr

Versicherungsgericht Abteilung II ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	411	373	383	285	347	377	340	266	280	281
Erledigungen	389	368	335	244	292	239	313	302	331	274
Pendenzen	344	349	397	345	355	438	453	410	362	360



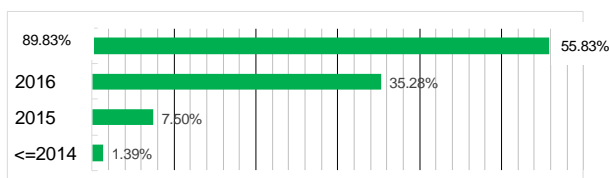
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Kollegialentscheide	Einzelrichterentscheide	Insgesamt	
Entscheide	353	281	634	159	115	274	360
Zwischenentscheide (ab 2018)							

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Entscheide	59	33	10	8	52	91	21
Zwischenentscheide (ab 2018)							

Alter pendenter Fälle ³



¹ Invalidenversicherung (IV); Ergänzungsleistungen (EL)

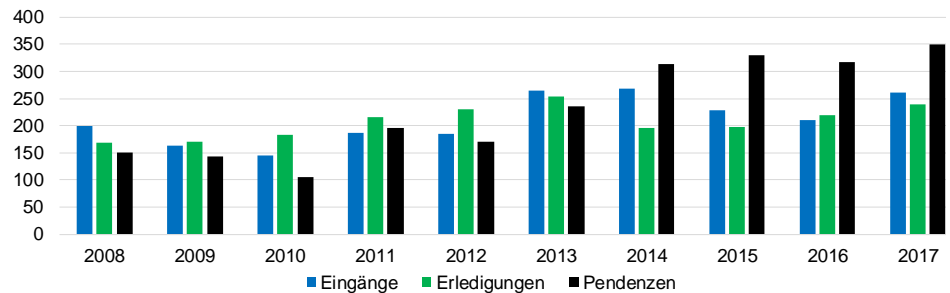
² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr

Versicherungsgericht Abteilung III ¹

Übersicht Entwicklung Geschäftslast (10 Jahre)

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Eingänge	200	164	145	186	184	265	268	229	211	261
Erledigungen	169	170	183	215	230	253	196	197	220	239
Pendenzen	150	144	106	195	171	235	314	330	318	350



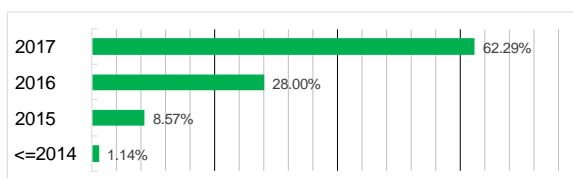
Fallzahlen Berichtsjahr

	Übertrag Vorjahr	Eingänge 2017	Total	Erledigungen			Pendent Ende 2017
				Kollegialentscheide	Einzelrichterentscheide	Insgesamt	
Entscheide	328	261	589	145	94	239	350
Zwischenentscheide (ab 2018)							

Verfahrensdauer ²

	bis 3 Mt.	> 3 Mt. bis 6 Mt.	> 6 Mt. bis 9 Mt.	> 9 Mt. bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre
Entscheide	23	26	16	14	81	76	3
Zwischenentscheide (ab 2018)							

Alter pendenter Fälle ³



¹ Krankenversicherung (KVG); Krankenversicherung-Zusatzversicherungen (KV-Z); Individuelle Prämienverbilligung (KV-SG); Unfallversicherung (UV); Militärversicherung (MV); Invalidenversicherung (IV)

² Basis: Im Berichtsjahr erledigte Verfahren

³ Anteil pendenter Fälle nach Falleingangsjahr